

IX. Pressepolitik in den besetzten Gebieten

1. Besatzungsregime und Auswärtiges Amt

Die vom nationalsozialistischen Deutschland im Zweiten Weltkrieg errichteten Besatzungsregimes unterschieden sich erheblich voneinander. Formal läßt sich zwischen den Idealtypen „Aufsichtsverwaltung“ und „Regierungsverwaltung“ differenzieren.¹ Die „Aufsichtsverwaltung“, d. h. eine Herrschaftsform, die unmittelbare Eingriffe in die einheimische Administration vermeidet und sich statt dessen auf eine reine Kontrollfunktion beschränkt, wurde in Dänemark errichtet. Der zweite Typ, auch als „selbstaussübende Verwaltung“ bezeichnet, durch direkte Wahrnehmung von Exekutivfunktionen wesentlich personalaufwendiger, findet sich weitgehend in den ihrer staatlichen Selbständigkeit beraubten mittel- und osteuropäischen Gebieten (Protectorat, Generalgouvernement, besetzte Gebiete der Sowjetunion) verwirklicht. Alle übrigen Besatzungsregimes stellen Mischformen dar; auch wenn in den nord- und westeuropäischen Gebieten die Aufsichtsverwaltung prinzipiell angestrebt wurde, so zeigte sich in der Praxis doch der Trend zur unmittelbaren Übernahme von Verwaltungsfunktionen.

Eine weitere formale Unterscheidung ergibt sich aus dem Nebeneinander von zivilen und Militärverwaltungen. Dabei ging die Einrichtung von Zivilverwaltungen, deren Chefs, Vizekönigen ähnlich, Hitler stets unmittelbar unterstellt waren, in der Regel auf ein besonderes politisches Interesse der deutschen Führung an dem jeweiligen besetzten Territorium zurück. So entsprach die Einsetzung von Reichskommissaren in den Niederlanden und Norwegen dem Wunsch, diese Staaten – wie auch Dänemark, wo sich aufgrund der Vorgänge während der Besetzung allerdings ein besonderer Status herausbildete – in ein künftiges „Großgermanisches Reich“² zu integrieren,

¹ Siehe dazu Walter Herdeg, Grundzüge der deutschen Besatzungsverwaltung in den west- und nordeuropäischen Ländern während des Zweiten Weltkrieges, Tübingen 1953, S. 64f. Eine weitere Differenzierung findet sich in einem Beitrag Werner Bests (Grundfragen einer deutschen Großraum-Verwaltung, in: Festgabe für Heinrich Himmler, Darmstadt 1941, S. 32–60), der führend in der Besatzungsverwaltung in Frankreich und Dänemark tätig war; danach wäre zwischen „Bündnis-“ (durch einen Gesandten), „Aufsichts-“ (durch einen förmlich übergeordneten Beauftragten), „Regierungs-Ver-Waltung“ (durch eigene Organe, die Mitwirkung der einheimischen Administration bleibt auf die untere Ebene beschränkt) sowie „Kolonialverwaltung“ (ohne nennenswerte einheimische Mitwirkung) zu unterscheiden. Zur Konzeption bzw. Konzeptionslosigkeit der deutschen Besatzungspolitik siehe Lothar Gruchmann, Nationalsozialistische Großraumordnung. Die Konstruktion einer „deutschen Monroe-Doktrin“, Stuttgart 1962.

² Gruchmann, a.a.O., S. 93, und Hans-Dietrich Looock, Zur „Großgermanischen Politik“ des Dritten Reiches, in: VfZ 8 (1960), S. 37–63.

wobei die staatsrechtliche Form – Vasallenstaat oder Reichsgau – im dunkeln blieb. Während die Besatzungsmacht in diesen Gebieten versuchte, unter weitgehender Einbeziehung kollaborationsbereiter einheimischer Kräfte, die Bevölkerung einem nationalsozialistischen Erziehungsprogramm zu unterwerfen, erstreckte sich die Mitwirkung landeseigener Kräfte im Protektorat, im Generalgouvernement und in den Ostgebieten allerhöchstens auf die untere Ebene der Okkupationsverwaltung. Die Einsetzung von Zivilverwaltungen in diesen Gebieten erklärt sich ebenfalls aus einer besonderen politischen Aufgabe, nämlich diese Territorien dem Reich in einer Art Kolonialstatus unterzuordnen.

Militärverwaltungen wurden demgegenüber in den Staaten etabliert, die in irgendeiner Form erhalten bleiben sollten oder über deren Fortbestehen deutscherseits noch Unklarheit herrschte. Dabei gingen die Eingriffe in die innenpolitischen Angelegenheiten dieser Länder nicht unbedingt so weit, wie dies bei den „blutsverwandten“, zur Germanisierung vorgesehenen Völkern der Fall war. Eine gewisse Zurückhaltung konnte geübt werden, um – wie in Frankreich – den Anschein des Weiterbestehens eines nationalen Lebens zu erwecken oder weil man den inneren Problemen des Landes (z. B. Griechenlands oder Serbiens) mit Desinteresse gegenüberstand.

Diese unterschiedliche Behandlung der einzelnen Länder läßt sich aber keineswegs als Anwendung einer von Anfang an vorhandenen, umfassenden und einheitlichen „Europa-Konzeption“ verstehen, nach der nun – unter geschickter Anpassung an die jeweils vorgefundenen Verhältnisse – eine planvolle und differenzierte Besatzungspolitik betrieben worden wäre. Vielmehr waren die europäischen Neuordnungsvorstellungen der Nationalsozialisten äußerst vage, utopisch und realitätsfern, so daß für die einzelnen Besatzungsregimes nur allgemein gehaltene ideologische Leitlinien ausgegeben wurden, in denen sich zwar immer wiederkehrende dogmatische Versatzstücke rassischer Herkunft ausmachen lassen, aus denen sich aber nicht zwangsläufig eine für alle Beteiligten verbindliche Besatzungspolitik ableiten ließ. Statt dessen gaben Parolen wie die von der „rassischen Neuordnung“ oder der Schaffung eines „Großgermanischen Reiches“ höchst unterschiedlichen politischen Ambitionen Raum, so daß in jedem besetzten Land verschiedenste Kräfte aus dem Reich mit differierenden Konzepten mit einem Anspruch auf Beteiligung an der Besatzungsverwaltung auftraten. Der mangelnden Einheitlichkeit der nationalsozialistischen Besatzungspolitik im Großen – für die das Fehlen einer zentralen Koordinierungs- und Lenkungsinstanz bezeichnend ist – entsprachen so chaotische organisatorische Verhältnisse im Innern der einzelnen Verwaltungen.

Dabei war das durch das nationalsozialistische Deutschland nie gelöste Grundproblem in der Organisation der Besatzungsverwaltungen das Nebeneinander von territorialen und sachlichen Kompetenzen: Zwar waren die Chefs der Besatzungsregimes Hitler unmittelbar unterstellt und damit prinzipiell an Anweisungen Oberster Reichsbehörden nicht gebunden, doch wurde dieser Grundsatz bereits dadurch durchbrochen, daß Dienststellen aus dem Reich eigene Beauftragte in die besetzten Gebiete entsenden konnten, die unabhängig von den Zuständigkeiten der Territorialverwaltungen agierten. Neben diesen „legalen“ Ausnahmen gelang es aber in der Praxis auch anderen Zentralinstanzen aus dem Reich, in die besetzten Gebiete hineinzuregieren. Die Angehörigen der Besatzungsverwaltungen verbanden oft nach wie vor persönliche Beziehungen zu ihren alten Dienststellen in Deutschland, von denen sie abgestellt

worden waren, so daß sich ein unmittelbarer Dienstverkehr und häufig auch eine faktische Unterstellung ergab.³

Tatsächlich entwickelte sich also die Verteilung der Macht in den Besatzungsverwaltungen – in jedem Land unterschiedlich – aus dem Durchsetzungsvermögen, d. h. aus der „Führernähe“ der „Territorialherren“ sowie der jeweiligen Stärke der Reichsbehörden und ihrer Fähigkeit, sich in den Besatzungsverwaltungen „ihren“ eigenen bürokratischen Unterbau zu schaffen.

Dabei hing die Durchsetzungsfähigkeit des AA besonders von zwei Faktoren ab: erstens, ob es ihm gelang, zumindest Reste seiner diplomatischen Vertretung über die Phase der Besetzung hinaus funktionsfähig zu halten, so daß es bereits vor Ankunft der im Wehrmachttröß anrückenden Verwaltungskräfte präsent war, und zweitens – als Legitimationsquelle für seine Präsenz – vom Status, der dem betreffenden Land künftig zugedacht war. Wurde dem besetzten Gebiet (wie im Protektorat, im Generalgouvernement und in den besetzten Ostgebieten) von vornherein jeder staatliche Charakter abgesprochen, so entfiel auch die Notwendigkeit für eine außenpolitische Präsenz des Reiches.

Ins Protektorat hatte das AA zwar einen eigenen Vertreter im Range eines Gesandten entsenden können, doch war dies auch nur unter Schwierigkeiten möglich gewesen: Das Finanzministerium hatte die „unabweisbare Notwendigkeit“ einer solchen Einrichtung nicht einsehen wollen und die zunächst gegebenen Begründungen des AA für „nicht überzeugend“ erklärt.⁴ Nachdem solche Widerstände überwunden waren, blieb diese Vertretung ohne nennenswerten Einfluß auf die Protektoratsregierung. In einer Aufzeichnung vom November 1940 nannte zwar der Vertreter des AA in Prag die „Propaganda“ als eines „meiner wichtigsten Referate“⁵; die eigentliche Kompetenz für die Propaganda im Protektorat lag jedoch bei der Abteilung IV („Kultur-

³ Herdeg, a.a.O., S. 43 f. u. S. 65. Diese Problematik wurde im Dritten Reich durchaus erkannt und kritisiert. So heißt es in einer Aufzeichnung aus dem Propagandaministerium, die „zweispaltige Politik in den besetzten Gebieten“ sei „auf die Tatsache zurückzuführen, daß die jeweiligen Militärbefehlshaber bzw. Reichskommissare die politischen Weisungen vom Führer direkt erhalten, weil sie ihm direkt unterstellt sind, auf der anderen Seite aber die Dienststellen der Reichsregierung und der Partei ein sehr großes Interesse daran haben, ihre politischen Grundsätze der Reichspolitik in den besetzten Gebieten beachtet zu wissen. Die direkte Unterstellung unter den Führer und das Fehlen einer zentralen Stelle in Berlin bewirkt aber, daß die Militärbefehlshaber bzw. die Reichskommissare sich ausschließlich für ihr Gebiet verantwortlich fühlen und nach gaumäßig ausgerichteten Gesichtspunkten ihre Politik ausrichten. Es ist dabei nicht verwunderlich, daß sie in ihren Entschlüssen Gesichtspunkte der Reichspolitik zum Teil völlig übersehen, zum Teil auch übersehen wollen. Der Mangel einer Zentralstelle in Berlin hat nun wieder zur Folge, daß jede Reichsdienststelle sich als zuständig erklärt und in die Angelegenheit der besetzten Gebiete hineingreift, so daß zwangsläufig Gegensätzlichkeiten zwischen örtlichen und Reichsdienststellen entstehen müssen.“ (BA, R 55/1432, Aufzeichnung aus Propagandaabt. f. Staatssekretär, 23. 2. 43.)

⁴ BA, R 2/11.497, Haushalt 1940 des AA, Aufzeichnung Leyers, 8. 5. 40, 43 f.

⁵ AA, Kult.Pol.Geh., Abt. Inf. 23, Der Vertreter des AA beim Reichsprotector an AA, 8. 11. 40. Hier werden als Propagandaaufgaben genannt:

„I. die aktive Propaganda und zwar:

- a) Meldungen über den Fortgang des normalen Lebens und der deutschen Aufbauarbeit im Protektorat ...;
- b) Beeinflussung der tschechischen Auslandskolonien ...;
- c) Orientierung der öffentlichen Meinung in den Südostländern ...;

politik“) in der Behörde des Reichsprotektors, auf die das Propagandaministerium maßgeblichen Einfluß hatte.⁶

Im Generalgouvernement konnte keine Vertretung des AA errichtet werden; gleichwohl waren aber die Kompetenzen im Pressebereich zwischen Vertretern des Propagandaministeriums und des Reichspressechefs umstritten.⁷

Auch im Falle der besetzten Ostgebiete blieb der Einfluß des AA hinter den eigenen Erwartungen zurück, wie sie etwa in den Planungsarbeiten des seit April 1941 bestehenden „Rußlandgremiums“ zum Ausdruck kamen.⁸ Nach der Errichtung des „Ostministeriums“ unter Rosenberg und der Entsendung von Reichskommissaren blieb für die politischen Ambitionen des AA kein Raum mehr⁹; es gelang ihm lediglich, zu den Armeeoberkommandos jeweils einen sogenannten Vertreter des Auswärtigen Amtes (VAA) zu entsenden, der neben der außenpolitischen Beratung vor allem propagandistische Aufgaben hatte. Der von Ribbentrop gegenüber der Abteilung Wehrmachtpropaganda erhobene Führungsanspruch in der Rußlandpropaganda wurde hingegen durch die Wehrmacht im Juni 1941 zurückgewiesen; danach sollte das AA in gleicher Weise wie der „Stab Rosenberg“ in die Propagandaaarbeit „eingeschaltet“ werden. In der Praxis entwickelte sich daraus eine rege Zusammenarbeit zwischen Wehrmachtpropaganda und Auswärtigem Amt, vor allem bei der Flugblattproduktion.¹⁰ Vertreter des Auswärtigen Amtes wurden auch zu den Reichskommissaren abgestellt; ihre Aufgaben, die erst nach langwierigen Verhandlungen zwischen Rosenberg und Ribbentrop im Sommer 1941 festgelegt werden konnten, sollten lediglich einen „beratenden Charakter“ haben.¹¹ Nachdem auch die unbesetzten Gebiete der Sowjetunion durch eine Führeranordnung vom 28. Juli 1942 dem Geschäftsbereich des Ostministeriums zugeschlagen wurden, war das AA aus der weiteren Ostpropaganda ausgeschaltet.¹² In den übrigen besetzten Gebieten, die prinzipiell weiterhin als „Ausland“ angesehen wurden, mußte sich nun das Durchsetzungsvermögen des AA gegen das der „Territorialherren“ beweisen.

d) ständige Unterstützung der Kulturpolitischen Abteilung im Amt des Reichsprotektors im Sinne einer Unterrichtung und Ausrichtung der öffentlichen Meinung im Protektorat nach Maßgabe unserer außenpolitischen Erfordernisse.

II. die Abwehr der Feindpropaganda in Zusammenarbeit mit der Kulturpolitischen Abteilung, der Gestapo und der Abwehr.“

⁶ Detlev Brandes, Die Tschechen unter deutschem Protektorat, München/Wien 1969, Bd. 1, S. 31 ff.

⁷ Vgl. dazu Lucjan Dobroszycki, Die legale polnische Presse im Generalgouvernement 1939–1945, München 1977.

⁸ IfZ, NG 142, Aufzeichnung AA, Aufstellung u. personelle Besetzung des Rußland-Komitees, 5. 5. 41 u. NG 4755, Stellenbesetzung f. d. Fall einer erweiterten Aktion im Osten, 22. 5. 41.

⁹ Alexander Dallin, Deutsche Herrschaft in Rußland 1941–1945. Eine Studie über Besatzungspolitik, Düsseldorf 1958, S. 95 ff. u. S. 52 ff.

¹⁰ Ortwin Buchbender, Das tönende Erz. Deutsche Propaganda gegen die Rote Armee im Zweiten Weltkrieg, Stuttgart 1978, S. 149 ff.

¹¹ IfZ, NG 1797, Instruktion für die Vertreter des Auswärtigen Amtes bei den Reichskommissaren in den besetzten Ostgebieten u. Schreiben AA an Ostministerium, 4. 9. 41.

¹² Vgl. Buchbender, a.a.O., S. 154. Nach der Ausschaltung des AA wurden die Kompetenzkämpfe um die Propaganda in den folgenden Jahren zwischen Dietrich, Goebbels und Rosenberg ausgetragen; siehe dazu BA, R 55/1436.

2. Dänemark

Dänemark stellt einen Sonderfall in der Besatzungspolitik des Dritten Reiches dar. Nach der „friedlichen“ Besetzung des Landes am 9. April 1940 und der dänischen Zusage, sich der gegebenen Situation widerstandslos zu fügen, blieb die Regierung – um die wichtigsten Kräfte der Opposition erweitert – im Amt und die Armee unter Waffen, wurde die Souveränität des Landes deutscherseits garantiert, sollte die innere Freizügigkeit nur insoweit eingeschränkt werden, als es zur Aufrechterhaltung der Sicherheit der Besatzungsmacht erforderlich schien. Im Gegensatz zu anderen okkupierten Staaten wurde keine eigene deutsche Besatzungsverwaltung eingerichtet, sondern die im Rahmen der erzwungenen Loyalität weiterarbeitende dänische Administration der Kontrolle der zu diesem Zweck erweiterten deutschen Gesandtschaft unterstellt; der Gesandte erhielt mit seinen neuen Aufgaben den zusätzlichen Titel „Bevollmächtigter des Deutschen Reiches“.¹³

Entsprechend dieser Politik verzichtete die Besatzungsmacht auch auf die Errichtung eines eigenen Presselenkungsapparates. Statt dessen beschränkte sich die Presseabteilung der Gesandtschaft darauf, gegenüber der dänischen Regierung die Einhaltung einer Reihe von Grundsätzen zu fordern und diese zu überwachen. Ihr Gegenüber auf dänischer Seite, die Presseabteilung des Außenministeriums, traf zur Bewahrung eines Minimums an journalistischer Unabhängigkeit ein Arrangement mit der Presse, das die Redaktionen in einem System von Selbstverpflichtung und Selbstkontrolle auf einen „loyalen“ Kurs gegenüber der Besatzungsmacht festlegte. Verstöße gegen dieses Arrangement wurden von einem „Presse-Tribunal“ – ebenfalls ein Organ der Selbstkontrolle – verhandelt. Dieses System wurde durch Instruktionen ergänzt, die – in Wahrnehmung deutscher Wünsche – die Presseabteilung des dänischen Außenministeriums über „Ritzau's Bureau“, der dänischen Presseagentur, den Chefredaktionen erteilte. Dieses Verfahren vermied eine direkte deutsche Einmischung in die Redaktionen und die aktuelle Nachrichtengebung und machte die Journalisten nicht in gleichem Umfang, wie dies in anderen okkupierten Staaten geschah, zu Sprachrohren der Besatzungsmacht.

Der zunächst der dänischen Presse eingeräumte Bewegungsspielraum wurde allerdings im Laufe der Besatzungszeit immer weiter reduziert. Die Presseabteilung der Gesandtschaft drängte auf immer weitere Einschränkungen der „erlaubten“ Themen und ließ Nachrichten aus nicht-deutschen Quellen wie von Auslandskorrespondenten oder neutralen Agenturen (zu denen zumindest in den ersten Monaten der Besatzung noch Verbindungen bestanden) strikt kontrollieren.¹⁴

Die gesamte Besatzungspolitik geriet im Jahre 1942, hervorgerufen vor allem durch wachsende dänische Unruhe und Widerstand, innerhalb der deutschen Führung zunehmend unter Beschuß. Dabei wurde gegenüber der vom AA verfolgten Politik des

¹³ Erich Thomsen, *Deutsche Besatzungspolitik in Dänemark 1940–1945*, Düsseldorf 1971, S. 11 ff.; die Stelle des Gesandten wurde in einer Anweisung Ribbentrops v. 12. 4. 40 festgelegt: ADAP, D IX, Nr. 97, 12. 4. 40; zum völkerrechtlichen Status des Landes siehe Herdeg, a.a.O.

¹⁴ Zur Pressepolitik im besetzten Dänemark: L. Bindsløv-Frederiksen, *Pressen under Besaettelsen. Hovedtraek af den danske dagspresses, vilkår og virke i perioden 1940–45*, Aarhus 1960 (engl. Summary, S. 502–511); vgl. auch ders., *La presse Danoise pendant l'occupation (1940–1945)*, in: *Revue d'histoire de la deuxième guerre mondiale* 20 (1970), H. 80, S. 45–68.

„langen Zügels“ insbesondere von Wehrmacht und Parteiseite ein härterer Kurs durch die Installierung einer Militärverwaltung oder eines Reichskommissars verlangt. Im AA wehrte man sich gegen solche Lösungsvorschläge, wobei man zum einen auf den relativ geringen organisatorischen Aufwand der bisherigen Form der Besetzung verweisen konnte, zum anderen aber sich darüber im klaren war, daß nur über diese Art „diplomatischer“ Besatzungspolitik der Einfluß des eigenen Hauses gesichert blieb – in keinem anderen Land hatte das AA eine vergleichbare Stellung behalten können.¹⁵

Einen günstigen Ausweg brachte ein Bündnis mit der SS, die bei Hitler eine Ernennung Werner Bests zum neuen Reichsbevollmächtigten durchsetzte. Best war bereits vorher dem AA verbunden gewesen und vertrat aufgrund seiner Erfahrungen in der Kriegsverwaltung in Frankreich das Konzept einer möglichst zurückhaltenden Besatzungspolitik, das den Vorstellungen des AA entsprach: Best wurde „kommissarisch“ die deutsche Gesandtschaft unterstellt, so daß eine Beteiligung des Außenministeriums an der weiteren Besatzungspolitik gesichert war.¹⁶

Während unter Best die bisherige Pressepolitik zunächst in den alten Bahnen fortlief, brachte die Entwaffnung der dänischen Wehrmacht und die Verhängung des Ausnahmezustandes am 29. August 1943 eine wesentliche Veränderung der Lage. Zwar blieb die Presseabteilung des dänischen Außenministeriums als Vermittlungsorgan und Puffer zwischen Besatzungsmacht und dänischer Presse bestehen, doch wurde daneben ein deutsches Zensursystem geschaffen. Außerdem wurden die Zeitungen seit Dezember 1943 dazu gedrängt, obligatorisches Material, das ihnen über Ritzau's Bureau zuzuging, zu drucken; mehr und mehr ging die deutsche Zensur dazu über, neben Verboten auch detaillierte Sprachregelungen zu erlassen.¹⁷

Neben dieser offiziellen Pressepolitik der Besatzungsmacht unterstützte die deutsche Gesandtschaft massiv die Propaganda der vor der Besetzung praktisch bedeutungslosen dänischen nationalsozialistischen Partei, die zur führenden politischen Kraft des Landes entwickelt werden sollte.¹⁸ Kontaktmann war der Pressereferent an der deutschen Gesandtschaft, Gustav Meißner, der in Wahrnehmung eines Sonderauftrages über seine Verhandlungen und Sondierungen unter Umgehung des Dienstwegs direkt an Ribbentrop und Luther berichtete, aus dessen Abteilung Deutschland auch die Propagandamittel stammten. Mit deutscher Unterstützung wurde insbesondere das Blättchen der DNSAP, „Faedrelandet“, einer „technischen und redaktionellen Modernisierung“ unterzogen und die Auflage gesteigert. Außerdem half man den dänischen Nationalsozialisten bei der Herausgabe einer Mittagszeitung und einer Reihe von Zeitschriften und setzte durch diese Verbindung diverse Propagandaaktionen in Gang.

Aber auch diese massive Finanzhilfe konnte nichts daran ändern, daß die dänischen Nazis im politischen Leben des Landes bedeutungslos blieben. Als sie bei den Wahlen

¹⁵ Vgl. Thomsen, a.a.O., S. 112 ff.

¹⁶ Ebenda, S. 115 ff.

¹⁷ Bindsløv, Pressen, S. 503 f.

¹⁸ AA, HA Luther 4, Renthe-Fink an Luther über Unterstützung der NS-Propaganda in Dänemark, 20. 11. 40, 244–250; ebenda, Aufzeichnung Luther über diesbezügliche Finanzierung, 20. 12. 40, 243; einige Berichte Meißners an den Außenminister finden sich in: Beretning til Folketinget ... Bd. XIII, Bilag, Bd. 1 (S. 313 u. 317 f.).

im März 1943 im Ergebnis weit hinter den deutscherseits gehegten Erwartungen zurückblieben, wurden sie durch Best endgültig abgeschrieben. „Faedrelandet“ wurde nun vor allem als Störenfried angesehen, den dänischen Nazis entzogen und im Rahmen einer vom AA betriebenen Holdinggesellschaft, der „Mundus“, auf die deutsche Propaganda abgestimmt.¹⁹

Insgesamt gesehen konnte das AA seinen maßgeblichen Einfluß auf die Pressepolitik in Dänemark aufgrund der besonderen völkerrechtlichen Situation des Landes gegenüber anderen deutschen Stellen behaupten. Gerade diese besondere Situation war es aber auch, die so weitgehende Eingriffe in die Presse, wie sie in anderen Ländern erfolgten, nicht gestattete.

3. Norwegen

Im Gegensatz zu Dänemark scheiterte der Versuch des AA, sich in die Besatzungspolitik in Norwegen einzuschalten, bereits in den ersten Wochen nach der Okkupation.

Nachdem das ursprüngliche Konzept einer „friedlichen Besetzung“ des Landes bereits am ersten Tag der Invasion am starken militärischen Widerstand und der unachgiebigen Haltung der norwegischen Regierung gescheitert und auch der unter maßgeblicher Beteiligung des AA begonnene Versuch, eine „loyale“ Regierung zu bilden, fehlgeschlagen war, wurde ein Parteiveteran, der Essener Gauleiter Josef Terboven, als „Reichskommissar“ mit fast unbeschränkten Vollmachten nach Norwegen entsandt.²⁰ Terboven richtete in der neu geschaffenen Besatzungsverwaltung eine Abteilung (später Hauptabteilung) „Volksaufklärung und Propaganda“²¹ ein, zu der auch ein Referat (eine Abteilung) Presse gehörte. Leiter der Abteilung wurde Georg Wilhelm Müller, ein Beamter des Propagandaministeriums, der seine Mitarbeiter fast ausschließlich aus diesem Ressort und aus den Reichspropagandaämtern rekrutierte und so den maßgeblichen Einfluß des Goebbels-Ressorts auf die deutsche Propaganda in Norwegen sicherstellen konnte. In der Konstituierungsphase der deutschen Besatzungsverwaltung erhoffte sich aber auch das AA, mittels seiner noch funktionsfähigen Gesandtschaft in Oslo Einfluß auf die Politik des Reichskommissars nehmen zu können. Nach einem Gespräch mit Terboven glaubte Ribbentrop, bei ihm mit seinen Norwegen-Plänen auf Resonanz zu stoßen.²² Er wies das Personal der Gesandtschaft an, unter der Leitung des Gesandtschaftsrats Hans Joachim von Neuhaus dem Stab des Reichskommissars beizutreten, sich dabei aber gleichzeitig weiterhin als dem AA unterstellt zu betrachten.

¹⁹ Thomsen, a.a.O., S. 139 ff.; zur Mundus vgl. Kapitel XI, Abschnitt 5 dieser Arbeit.

²⁰ Hans-Dietrich Loock, Quisling, Rosenberg und Terboven. Zur Vorgeschichte und Geschichte der nationalsozialistischen Revolution in Norwegen, Stuttgart 1970.

²¹ M[agne] Skodvin, La Presse norvégienne sous l'occupation allemande, in: Revue d'histoire de la deuxième guerre mondiale 20 (1970), H. 80, S. 69–86; BA, R 55/216, Geschäftsverteilungspläne der Hauptabteilung Volksaufklärung und Propaganda, 50–52, 182–188.

²² Loock, Quisling, S. 352.

Während Ribbentrop anerkannte, daß „die Bearbeitung der Propagandaangelegenheiten für Norwegen“ grundsätzlich beim Propagandaministerium liege, vermeinte er doch, einen Anspruch auf die dortige Auslandspropaganda zu haben. Zu diesem Zweck rüstete er den Pressereferenten der Gesandtschaft, Herbert Kuhlmann, mit einem weitreichenden Sonderauftrag aus: er sollte unter anderem die Nachrichtenübermittlung nach Schweden und die Betreuung der Auslandskorrespondenten in Norwegen übernehmen. Diese Pläne stießen aber auf den Widerstand Terbovens. Als das AA Kuhlmann für seine Aufgaben weiteres Personal zur Verfügung stellen wollte, machte der Reichskommissar klar, daß er nur v. Neuhaus für eine gewisse Zeit als Vertreter des AA in Norwegen dulden, das restliche Personal der Gesandtschaft aber in seine Verwaltung, ausschließlich ihm unterstellt, übernehmen wolle. Kuhlmann selbst statete er mit einem Marschbefehl nach Deutschland aus.²³

In einem Telegramm²⁴ an den Leiter der Presseabteilung berichtete Kuhlmann über seine Versuche, trotz des massiven Widerstands durch den Reichskommissar die Reste eines eigenständigen Propagandaapparates des AA in Norwegen zu retten. Er mußte zwar eingestehen, daß er in „Presseangelegenheiten keinerlei amtliche Funktion mehr in Anspruch nehmen“ könne und ein „Einbau der Presse-Abteilung der früheren Gesandtschaft als Unterabteilung in die Presse-Abteilung des Reichskommissariats ... zur Zeit glatt abgelehnt werden“ würde, doch sei er – trotz des nunmehr seit 14 Tagen über ihn verhängten Marschbefehls – zu einem vorläufigen Arrangement mit Müller gekommen.²⁵ Diese Absprache gründete sich auf den Mangel an Nachrichtenverbindungen des Reichskommissariats nach Deutschland, so daß Kuhlmann Müller die Funkschreibverbindungen der Gesandtschaft anbieten konnte. Als Gegenleistung war eine Beteiligung Kuhlmanns an außenpolitischen Fragen vorgesehen. Inzwischen war dieses Arrangement aber bereits durch eine Order des Auswärtigen Amtes überholt worden, das den Abtransport der gesamten Nachrichteneinrichtungen verfügt hatte, so daß Kuhlmann „unsere Stärke und Existenzberechtigung gegenüber der Presseabteilung des Reichskommissariats“ in Gefahr sah. Schließlich kam es am 21. Mai zu einer Führerentscheidung, nach der das AA sein restliches Personal aus Norwegen abziehen mußte.²⁶ Das Amt verfügte gezwungenermaßen die Auflösung der Gesandtschaft und bestimmte hinsichtlich des Aufgabengebietes von Kuhlmann: „Eine Auslandspropaganda für den norwegischen Raum findet nicht statt.“ v. Neuhaus sollte für eine Übergangszeit dem Stab des Reichskommissars angehören²⁷; der aber erklärte noch vor Ablauf des Monats die Tätigkeit des AA-Vertreters für beendet.²⁸

²³ IfZ, Fb 39, Mündliche Weisung Ribbentrops an v. Grundherr, 25. 4. 40. Siehe auch AA, PresseAbt., Handakten Presse gen. (Aufzeichnungen I), Schmidt an Ges. Oslo, April 1940, mit einer Beschreibung der Aufgaben Kuhlmanns.

²⁴ Loock, Quisling, S. 353 ff.

²⁵ IfZ, Fb 39, Kuhlmann an Schmidt, 13. 5. 40.

²⁶ Loock, Quisling, S. 355.

²⁷ AA, PresseAbt., Handakten Presse gen. (Aufzeichnungen I), Mai 1940.

²⁸ Loock, Quisling, S. 355.

4. Die Niederlande

Als Arthur Seyss-Inquart nach seiner überraschenden Ernennung zum Reichskommissar am 18. Mai 1940²⁹ begann, in den Niederlanden eine zivile Besatzungsverwaltung aufzubauen, wies er alle Propagandaaufgaben dem „Generalkommissar z. b. V.“, Fritz Schmidt, zu. Unter den vier Generalkommissaren war der frühere Parteifunktionär und Verbindungsmann zwischen Parteikanzlei und Propagandaministerium der eigentlich starke Mann; schon der Titelzusatz „z. b. V.“ des vor allem durch Bormann protegierten³⁰ Schmidt deutete auf den herausragend politischen, eben nicht durch klare Kompetenzregelungen abgrenzbaren Charakter seines Aufgabengebietes hin. Schmidt errichtete, im engen Einvernehmen mit dem Propagandaministerium, eine „Hauptabteilung für Volksaufklärung und Propaganda“, wobei er vor allem auf das Personal der Propagandastaffel Fink³¹ zurückgreifen konnte, einer nach ihrem Chef benannten Einheit der Wehrmacht, die während des Feldzuges im Rücken der vorgehenden Truppen tätig geworden war und sich wiederum im wesentlichen aus Mitarbeitern des Goebbels-Ressorts zusammensetzte. Nach längeren internen Auseinandersetzungen in diesem Ministerium wurde schließlich Fink zum Leiter der Hauptabteilung bestellt³², während sein schärfster Konkurrent, der – vom Propagandaministerium gestellte – Presseattaché an der deutschen Gesandtschaft in Den Haag, Hushahn, eine Sonderstellung erhielt. Nachdem er aus eigener Initiative unmittelbar nach dem Einmarsch die Kontrolle über die niederländische Nachrichtenagentur ANP übernommen und damit deutlich Fakten geschaffen hatte, wurde er nun, Generalkommissar Schmidt direkt unterstellt, Pressereferent beim Reichskommissar.³³ Weitere Probleme entstanden dadurch, daß das Personal der deutschen Gesandtschaft in den Niederlanden, die im wesentlichen funktionsfähig geblieben war, sich von Anfang an in die Propaganda einschaltete und eine entsprechende Berücksichtigung innerhalb der im Aufbau begriffenen Besatzungsverwaltung erwartete. Zu ihrem Fürsprecher machte sich der Gesandte Otto Bene, der – den Generalkommissaren gleichgestellt – als Vertreter des AA bei Seyss-Inquart fungierte³⁴, indem er unter anderem gleich bei seiner ersten Besprechung dem Reichskommissar, der auf ein gutes Verhältnis zum AA Wert legte, die Propagandafachleute der Gesandtschaft wärmstens empfahl.³⁵

Die Presseabteilung der Vertretung war seit September 1939 erheblich ausgebaut worden. Unter der Leitung des ehemaligen Chefs der Presseabteilung des AA, Gott-

²⁹ Konrad Kwiet, Reichskommissariat Niederlande. Versuch und Scheitern nationalsozialistischer Neuordnung, Stuttgart 1968, S. 46 ff.

³⁰ Ebenda, S. 86 ff. Goebbels drückte die Verbundenheit mit ihm aus, indem er ihn als „unser kleiner Schmidt“ bezeichnete (IfZ, ED 172/68, 7. 6. 40).

³¹ Gabriele Hoffmann, NS-Propaganda in den Niederlanden. Organisation und Lenkung der Publizistik unter deutscher Besatzung 1940–1945, München–Pullach/Berlin 1972. Diese Studie beruht vor allem auf Beständen niederländischer Archive; dazu werden in dieser Arbeit zusätzlich herangezogen: AA, Handakten Luther und Schmidt, Ges. Den Haag sowie BA, R 55/217 u. 218.

³² Hoffmann, a.a.O., S. 96 f. Siehe dazu BA, R 55/217. Zur Organisation der Hauptabteilung: BA, R 55/218, Geschäftsverteilungsplan, 25.

³³ Hoffmann, a.a.O., S. 74.

³⁴ Kwiet, a.a.O., S. 85 f.

³⁵ AA, HA Luther 45, Vertragsnotiz Luther, 25. 5. 40, 312–316.

fried Aschmann, bestand sie aus zwei Unterabteilungen: Großbritannien (von Rantzau) und Niederlande (Janke).³⁶ Ähnlich wie Hushahn wurden Janke und Aschmann sogleich nach dem deutschen Einmarsch aktiv und begannen, mit Hilfe von Konferenzen und Anweisungen ein eigenes Presselenkungssystem aufzubauen.³⁷ Aufgrund dieser Aktivitäten konnte das AA eine Übernahme Jankes in die Hauptabteilung für Volksaufklärung und Propaganda durchsetzen. Mit dem Pressepersonal der Gesandtschaft, weiterhin vom AA besoldet, bildete Janke hier eine Presseabteilung, die im Gegensatz zu den anderen Fachabteilungen (für Kultur, Rundfunk usw.) eine Sonderstellung beanspruchte: Sie war dem Generalkommissar z. B. V. direkt unterstellt, ihre Zuordnung zu Fink blieb unklar.³⁸ Ebenso gelang es dem zum Nachfolger Aschmanns bestellten Herbert Wißmann, ein eigenes „Sonderreferat Auslandspresse“ zu bilden, das ebenfalls Schmidt, aber nicht Fink unterstellt wurde³⁹; daneben blieben aus dem Propagandaapparat der Gesandtschaft eine Reihe weiterer „Sonderbüros“ bestehen.⁴⁰

Insbesondere die Sonderstellungen Wißmanns und Jankes riefen den Widerstand des Propagandaministeriums hervor und sorgten für lang anhaltende Kompetenzkämpfe innerhalb der Besatzungsverwaltung. So wurde Wißmanns „Sonderreferat Auslandspresse“, in dem etwa ein Dutzend Mitarbeiter im wesentlichen damit beschäftigt war, internationale Presseübersichten für interne Zwecke des Reichskommissariats zu erstellen, von Fink als eine „aufgeblähte Angelegenheit“ und vollkommen „unzweckmäßig“ angesehen, da es ohnehin in den Niederlanden „keine nennenswerte Auslandspresse“ mehr gebe und im übrigen die dort zusammengestellten Pressespiegel leicht durch Material aus dem Propagandaministerium ersetzt werden könne.⁴¹ Hushahn sollte es denn auch gelingen, Wißmann bei einer seiner wichtigsten Aufgaben, dem täglichen Pressevortrag beim Reichskommissar, zu verdrängen. Wißmann schildert diesen Vorgang – eine für die NS-Bürokratie typische Okkupation – sehr anschaulich in einem in privater Form gehaltenen Brief an den Leiter der Presseabteilung des AA: „Als ich heute früh beim Pressevortrag im Vorzimmer bei Reichskommissar Seyss-Inquart wartete, kam Herr Hushahn und fragte mich, zu welcher Zeit ich eigentlich dem Reichsminister Seyss-Inquart Vorträge hielt. Ich gab ihm daraufhin die beiden Termine bekannt. Hushahn meinte dann großzügig, ich könne den Morgenvortrag noch halten, vom heutigen Abendvortrag ab würde er fortan die Vorträge persönlich übernehmen, da Seyss-Inquart ihn zu seinem persönlichen Pressereferenten ernannt habe.“⁴²

Da Hushahn außerdem von ihm und Janke verlangt habe, das gesamte aus dem AA stammende und von ihnen bearbeitete Nachrichtenmaterial ihm zur Verfügung zu stellen, befürchtete Wißmann „ein Herabsinken unserer Stellung zur rein technischen Nachrichtenmaterialbelieferung“. Als Gegenmaßnahme bat er nun das AA, ihm „Sonderinformationen ... , die das Pro-Min nicht haben kann“, zur Verfügung zu stellen,

³⁶ Hoffmann, a.a.O., S. 72.

³⁷ Ebenda, S. 73.

³⁸ Ebenda, S. 114.

³⁹ Ebenda, S. 96. Wißmann war zuvor England-Referent in der Berliner Presseabteilung gewesen.

⁴⁰ So z. B. das „Sonderreferat Kulturaustausch“, das bis 1942 bestand: Hoffmann, a.a.O., S. 96 u. 128; BA, R 55/217, Fink an Propagandaministerium, 21. 6. 40, 90–96.

⁴¹ Ebenda, Fink an Propagandaministerium, 11. 6. 40, 38 f.

⁴² AA, HA Schmidt 2 a, Wißmann an Schmidt, 4. 6. 40, 106–110.

um sich so bei Seyss-Inquart unentbehrlich zu machen. Außerdem glaubte er, gegen Hushahn („obwohl er unser SS-Kamerad ist“) ein „sanftes Druckmittel in der Hand zu haben“, da er im Besitz von ihm belastenden Informationen war. Tatsächlich gelang es Wißmann trotz seiner anfänglichen Zurücksetzung hinter Hushahn, seine Position zeitweilig zu stabilisieren. Fink mußte bald registrieren, daß Wißmann „ein junger Mensch [ist], der es versteht, sich und seine Arbeit entsprechend herauszustellen und der in allen Dingen eine entsprechende Rückenstärkung durch Ausw. Amt Berlin erhält“.⁴³ Drei Monate später hielt es Fink sogar „im jetzigen Augenblick nicht für tunlich, auf eine personelle Überführung zu drängen, da Wißmann sachlich sehr gut arbeitet und dienstliche Schwierigkeiten mit ihm noch nach keiner Richtung entstanden sind“.⁴⁴

Mittlerweile kämpfte Wißmann auch vordringlich an einer anderen Front: er sah seine Position nun „durch den krankhaften Ehrgeiz“ des Leiters der Presseabteilung im Reichskommissariat, Janke, bedroht.⁴⁵ Janke, so beklagte sich Wißmann bei seinem Berliner Vorgesetzten Schmidt, mische sich ständig in sein Arbeitsgebiet ein, indem er dem Reichskommissar Presseberichte über internationale Angelegenheiten zuleite; Janke müsse durch das AA klargemacht werden, „daß er sich auf den innerholländischen Sektor zu beschränken hat, und insbesondere die Berichterstattung über ausländische Presse-Angelegenheiten mir als Beamten des Auswärtigen Amtes zur Erledigung übertragen worden ist“. Doch bereits zu diesem Zeitpunkt schien Wißmann resigniert zu haben: im gleichen Schreiben machte er Schmidt auf sein Interesse an einer Position im besetzten Frankreich aufmerksam. Nachdem diesem Wunsch entsprochen wurde und Wißmann Anfang 1941 durch einen anderen Angehörigen der Presseabteilung, Baron v. Fetter, abgelöst worden war⁴⁶, führte das „Sonderreferat Auslandspresse“ nur noch ein Kümmerdasein: v. Fetter hatte sogar Mühe, sich gegen die Zweckentfremdung seiner Räumlichkeiten zur Wehr zu setzen.⁴⁷

Während Wißmann vor allem Rückendeckung beim Leiter der Presseabteilung des AA in Berlin erhalten hatte, besaß Janke nicht nur in dieser Auseinandersetzung einen starken Verbündeten in Bene, dem Vertreter des Auswärtigen Amtes beim Reichskommissar.⁴⁸ Von Anfang an hatte Bene Janke und seine Presseabteilung, trotz ihrer schwierigen Position innerhalb der Kommissariatsverwaltung – Etablierung beim AA, gleichzeitige Unterstellung unter den Goebbels-Mann Fink sowie unter den Generalkommissar Schmidt – , unterstützt und mit dazu beigetragen, daß Janke zur allgemein anerkannten zentralen Figur der Pressepolitik in den besetzten Niederlanden wurde.

⁴³ BA, R 55/217, 21. 6. 40, 90–96.

⁴⁴ Ebenda, 16. 9. 40, 127–134.

⁴⁵ AA, HA Schmidt 28, Wißmann an Schmidt, 24. 9. 40.

⁴⁶ v. Fetter: Lebenslauf AA; vgl. auch S. 172 f. dieser Arbeit.

⁴⁷ In einem achtseitigen Schreiben vom August 1941 an einen Referenten der Presseabteilung beschreibt v. Fetter sehr anschaulich seine Auseinandersetzungen mit Janke um die Erhaltung seiner Dienstwohnung im Gebäude der Presseabteilung. Janke habe ihn bereits dazu gezwungen, sein Wohnzimmer als Arbeitsraum zweckzuentfremden, und kürzlich sogar angedeutet, „daß mein Schlafzimmer doch eigentlich als Büroraum verwendet werden müsse“. – Die beiden AA-Vertreter kämpften also sogar untereinander buchstäblich um jeden Quadratmeter: AA, PresseAbt. lfd. Nr. 27 II, Personalien, v. Fetter an Kleinlein, 1. 8. 41.

⁴⁸ So berichtete Bene an Luther, er habe Wißmann, der „seinen Größenwahn nicht los“ werde, mehrfach wegen seines Verhaltens gegenüber Janke „zur Ordnung rufen“ müssen: AA, HA Luther 2, Bene an Luther, 22. 11. 40, 115 f.

Die Ausrichtung und Lenkung der niederländischen Presse⁴⁹ wurde in erster Linie durch die täglich stattfindende Pressekonferenz der Abteilung vorgenommen. Ihre Funktion bestand im wesentlichen darin, die auf der Pressekonferenz in Berlin erteilten Richtlinien auf die spezifisch niederländischen Bedürfnisse abzustimmen. Von 1941 an übertrug die Presseabteilung schrittweise die Durchführung der Konferenz nach außen hin dem unter der Besatzungsmacht eingerichteten niederländischen Propagandaministerium, wobei aber die Sprachregelungskompetenz in deutscher Hand blieb. Die Presseabteilung hatte zwar darauf verzichtet, eine allgemeine Vorzensur einzuführen, dafür aber über bestimmte Themen eine Vorlagepflicht verhängt. Mit Hilfe eines eigenen Lektorats wurde auf dem Wege der Nachzensur die Einhaltung der Presseanweisungen kontrolliert und eine eventuelle Abweichung geahndet. Daneben regte die Abteilung – auch durch persönliche Kontakte mit Journalisten – bestimmte Artikel an oder lancierte von ihr selbst erstellte Texte in einzelne Blätter.

Angesichts der insgesamt als erfolgreich angesehenen Tätigkeit Jankes⁵⁰, dessen Stellung auch parteiintern als „Pressebeauftragter der Landesgruppe der NSDAP“ abgesichert war⁵¹, gab das Propagandaministerium seine ursprüngliche Absicht⁵² auf, ihn durch einen Mitarbeiter aus den eigenen Reihen zu ersetzen und damit die Presseabteilung fest an die Hauptabteilung für Volksaufklärung und Propaganda zu binden. Statt dessen versuchte man, Janke unter Zusicherung von besonderen Vergünstigungen beim Auswärtigen Amt abzuwerben; das AA hielt dagegen, indem es ihm eine Verbeamtung anbot.⁵³

Nachdem schon Hushahn im September 1940 das Propagandaministerium über seinen Verdacht informiert hatte, der solchermaßen umworbene Janke versuche, die „Gegensätze ‚Propagandaministerium–Auswärtiges Amt‘ zu seinem persönlichen Vorteil auszunutzen“⁵⁴, kam man dort zu dem Eindruck, er habe sich „durch maßlose Forderungen ausgezeichnet und Bedingungen gestellt, die weder nach seinen Leistungen noch sonst gerechtfertigt waren“⁵⁵. Obwohl Dietrich⁵⁶ wie auch Goebbels⁵⁷ auf eine Einstellung Jankes drängten, verhielt sich dieser gegenüber den Anwerbungsversuchen des Propagandaministeriums abwartend.⁵⁸ Durch dieses zögernde Verhalten und aufgrund der Tatsache, daß – trotz seiner intensiven Bemühungen – die deutsche Propaganda letztlich auf keine nennenswerten Erfolge bei der Nazifizierung der niederländischen Bevölkerung verweisen konnte, zog Janke aber wachsende Kritik auf sich und seine Arbeit. Im Mai 1941 vermerkte man im Propagandaministerium, daß

⁴⁹ Zu den Aufgaben der Presseabteilung siehe Hoffmann, a.a.O., S. 114 ff.

⁵⁰ So etwa in dem durch Ott (Propagandamin.) für die Ressort-Spitze angefertigten „Bericht über die Besichtigung der Hauptabteilung Volksaufklärung und Propaganda“ v. 16. 9. 40, in dem Jankes Beurteilung durch Seyss-Inquart und Schmidt als „sehr gut“ bezeichnet wird: BA, R 55/217, 127–134.

⁵¹ AA, Ges. Den Haag, P 1, Vertreter des AA, Bene an Luther und Schmidt, 10. 9. 41.

⁵² Hoffmann, a.a.O., S. 122.

⁵³ Hoffmann, a.a.O., S. 122 ff.; BA, R 55/217; AA, PresseAbt. lfd. Nr. 28 I, Personalien, Schmidt an Personalabt., 27. 9. 40.

⁵⁴ BA, R 55/217, Hushahn an Propagandamin., 12. 9. 40, 125.

⁵⁵ Ebenda, Leiter Personalabt. an Goebbels, 28. 1. 41, 145 f.

⁵⁶ Ebenda, Dietrich an Seyss-Inquart, 9. 11. 40, 20. 12. 40 u. 6. 2. 41, 139, 142 u. 147 f.

⁵⁷ Ebenda, Gutterer an Müller, 24. 1. 41, 143.

⁵⁸ Ebenda, Vermerk Flügel (Personalabt.), 27. 4. 41, 148 f.

Vorwürfe gegen ihn „in steigendem Umfang und von allen Stellen erhoben“ würden; allgemein sprach man ihm nun „jegliche Führung der holländischen Presse“ ab; Fink sei sogar froh, „daß Janke unser Angebot auf Übernahme in unseren Geschäftsbereich abgelehnt“⁵⁹ habe. Zwei Monate später sprach sich auch der Generalkommissar Schmidt, dem Janke direkt unterstellt war, für eine Neubesetzung der Stelle aus, „da Janke den sachlichen Anforderungen nicht genügt“.⁶⁰

Die Absetzung Jankes und damit die weitgehende Beendigung des AA-Einflusses wurde im Herbst 1941 im Zuge eines umfassenden Revirements des Propagandaapparates in den besetzten Niederlanden eingeleitet. Dabei wurde zunächst im September 1941 Fink als Leiter der Hauptabteilung für Volksaufklärung und Propaganda durch den bisherigen Gaupropagandaleiter in Kassel, Gernand, ersetzt. Der neue Mann – so hatte Bene erfahren – machte gegenüber dem Generalkommissar Schmidt deutlich, daß er die Position nur übernehmen werde, „wenn er auch wirklich alle Register ziehen“ könne, d. h. wenn ihm „alles, was mit Volksaufklärung und Propaganda zu tun hat, unterstellt wird“.⁶¹ Da er sich mit dieser Absicht bei Schmidt und beim Reichskommissar durchsetzen konnte, mußte Janke seine bisherige Sonderstellung aufgeben. Bene, der auch jetzt seine schützende Hand über ihn hielt, ließ sich daraufhin eine Neuregelung einfallen: er schuf für Janke und für einige seiner vom AA besoldeten Mitarbeiter ein „Pressereferat beim Vertreter des AA in den Niederlanden“, um auf diese Weise zumindest einen Teil der Kompetenzen Jankes unter seiner Firma zu erhalten.⁶²

Als Janke diese neue Position, für die ihm Schmidt und Gernand einen gewissen Spielraum ließen⁶³, am 1. Februar 1942 übernahm, mußte er feststellen, daß eine andere Instanz seine Kompetenzen empfindlich zu stören versuchte: der ebenfalls am 1. Februar als Nachfolger Hushahns neu bestellte, mit erweiterten Zuständigkeiten ausgestattete „Presseschef des Reichskommissars“, Dittmar.⁶⁴

Bei seinem ersten Auftreten auf der Pressekonferenz am 2. Februar 1942 verkündete Dittmar überraschend, daß die niederländischen Journalisten künftig „als einzige deutsche Stelle, die zuständig ist, die Presseabteilung der Hauptabteilung Volksaufklärung und Propaganda“ anzusehen und „keinerlei Anweisung von irgendwelchen anderen Stellen entgegenzunehmen“ hätten. Diese „klare und eindeutige Organisationsform“ sei sicher auch im Interesse der niederländischen Presse, da es leichter sei, „mit einer Stelle zu tun zu haben als mit mehreren“.⁶⁵ Diese Anweisung, von Bene als „schmutziger Trick“ und als „Affront des Auswärtigen Amtes“ bezeichnet⁶⁶, stand im eindeutigen Gegensatz zu einer längeren Erklärung Jankes auf der Pressekonferenz vom 24. Januar, in der dieser sich bemüht hatte, die organisatorischen Veränderungen innerhalb des deutschen Propagandaapparates nicht als Ergebnis irgendwelcher internen Auseinandersetzungen erscheinen zu lassen, und den Journalisten empfohlen

⁵⁹ Ebenda, Vermerk Flügel, 13. 5. 41, 156.

⁶⁰ Ebenda, Vermerk Flügel, 10. 7. 41, 169 ff.

⁶¹ AA, Ges. Den Haag, P 1, Vertreter AA an Luther und Schmidt, 18. 9. 41.

⁶² Ebenda, Bene an AA, 10. 3. 42.

⁶³ Wie Anm. 61.

⁶⁴ Hoffmann, a.a.O., S. 125 ff.

⁶⁵ AA, Ges. Den Haag, P 1, Vertreter AA, Auszug aus Protokoll der Pressekonferenz v. 2. 2. 42.

⁶⁶ Ebenda, Bene an AA, 10. 3. 42.

hatte, sich „in allen holländischen Fragen“ an die nun unter neuer Leitung stehende Presseabteilung, für „außenpolitische und internationale Fragen“ aber an ihn zu wenden.⁶⁷ Durch seine Anweisung auf der Pressekonferenz vom 2. Februar hatte nun Dittmar versucht, diese Kompetenz mit Hilfe des Überraschungsmoments zu okkupieren oder, wie Bene es ausdrückte, durch einen „Fait accompli“ das Auswärtige Amt „zu überrennen“.⁶⁸

Schon um zu vermeiden, durch ein Dementi gegenüber der niederländischen Presse Unsicherheiten in der Presseführung erkennen zu lassen⁶⁹, zog Generalkommissar z. B. V. Schmidt am 5. Februar mit einer „Anweisung betrifft Presse“⁷⁰ nach, in der er die Presseabteilung zur einzigen Stelle des Reichskommissars erklärte, „die Anweisungen zu erteilen und die niederländische Presse zu überwachen hat“. Janke sollte nur noch „bei ganz besonderen Fällen vor der Pressekonferenz selbst“ auftreten, ansonsten sein Material beim Leiter der Presseabteilung „zum Vortrag“ einreichen.

Nach Intervention Benes beim Reichskommissar schien es allerdings, als ob diese Zurücksetzung Jankes zumindest teilweise wieder rückgängig gemacht werden sollte. Seyss-Inquart empfing Janke anlässlich seiner offiziellen Verabschiedung als Leiter der Presseabteilung demonstrativ freundlich⁷¹ und vereinbarte bei diesem Anlaß mit Bene mündlich, daß Janke nach wie vor regelmäßig auf der Pressekonferenz ungehindert mit der niederländischen Presse verkehren und von sich aus Anweisungen oder Meldungen an die niederländische Presseagentur ANB bzw. einzelne Zeitungen geben dürfe.⁷² Trotzdem erwog die Presseabteilung in Berlin aber bereits die Abberufung Jankes: Da die mündliche Zusage Seyss-Inquarts durch die „für die Presse zuständigen Stellen nicht notifiziert worden“ sei, könnte sie an der völlig neuen Situation im Pressebereich, wie sie durch die Maßnahmen Dittmars und Schmidts entstanden sei, im Prinzip auch nichts ändern.⁷³

Dagegen sah Bene in dem Auftritt Dittmars vor der Pressekonferenz am 2. Februar und der Verfügung Schmidts vom 5. Februar zunächst lediglich „Phasen aus dem Abwehrkampf, aber keine endgültigen Ergebnisse“. Der Reichskommissar stehe trotz Interventionen Sündermanns (dem Stellvertreter Dietrichs) fest zu seinen mündlichen Zusagen, so daß Janke seine Arbeit ungehindert – „Herr Dittmar existiert für uns gar nicht“ – fortsetzen könne.⁷⁴ Zehn Tage später mußte Bene aber nach Berlin berichten, daß in der Praxis weitere Schwierigkeiten auftraten: auf Drängen Dietrichs hatte der Reichskommissar angeordnet, Weisungen an die niederländische Presseagentur oder einzelne Zeitungen dürften nicht selbständig durch Janke, sondern nur unter dem Namen Benes gegeben werden.⁷⁵ Bis zum Mai hatte sich die Kompetenzlage für das AA

⁶⁷ Ebenda, Auszug aus Protokoll der Pressekonferenz v. 24. 2. 42.

⁶⁸ Ebenda, Bene an AA, 10. 3. 42.

⁶⁹ Ebenda: „Es wäre nicht im Interesse des deutschen Ansehens gewesen, wenn auf der Pressekonferenz vor den niederländischen Journalisten jetzt eine Widerrufung der Dittmar-Anordnung stattgefunden hätte.“

⁷⁰ Ebenda.

⁷¹ Ebenda, Bene an AA, 10. 3. 42.

⁷² Ebenda.

⁷³ Ebenda, Schmidt an Bene, 26. 2. 42.

⁷⁴ Ebenda, Bene an AA, 10. 3. 42.

⁷⁵ Ebenda, Bene an AA, 20. 3. 42.

in den Niederlanden so weit verschlechtert, daß Bene in einem Brief an die Presseabteilung⁷⁶ die Abberufung Jankes anheimstellte.

Die mit dem Fortgang Jankes notwendigerweise verbundene Einschränkung der Pressearbeit des AA in den Niederlanden stellte nach Benes Ansicht nicht einmal einen wesentlichen Verlust dar. Über die Erfolge zweijähriger deutscher Propaganda resümierend, kam der Gesandte zu dem Schluß, die niederländische Presse habe „doch an Bedeutung so sehr verloren, daß man sie nicht als eine selbständige Presse werten kann ... Die Niederländer selbst glauben auch nicht, was in den Zeitungen steht. Der englische Sender ist ihre Bezugsquelle für die Meinungsbildung. Mit anderen Worten – die niederländische Presse ist für außenpolitische Zwecke ein nicht unbedingt notwendiges Instrument geworden.“

Nach der Abberufung Jankes zum 1. Juli 1942 wurde die Arbeit des Pressereferates entsprechend dem Vorschlag Benes eingeschränkt: sie umfaßte nur noch die Belieferung des Reichskommissariats mit Informationen, die Weitergabe von Sprachregelungen des AA an den Generalkommissar Schmidt, dem ihre Auswertung überlassen blieb, sowie die Lektorierung der Presse. Aus dem Kernbereich der Pressearbeit, dem System der täglichen Presseanweisungen und der Zensur, blieb das AA ausgeschlossen.⁷⁷

Ging es bei den Auseinandersetzungen um Wißmanns Sonderreferat um die bloße Präsenz des AA im Informationsbereich innerhalb der Besatzungsverwaltung⁷⁸, so lassen sich hinter den länger anhaltenden Kompetenzkämpfen um die Stellung Jankes auch unterschiedliche Auffassungen über die zu leistende Propagandaarbeit ausmachen. Grundsätzlich waren sich die innerhalb der Besatzungsverwaltung tätigen Kräfte zwar darüber einig, daß die Niederlande in irgendeiner Form Teil eines „Großgermanischen Reiches“ werden sollten, die Niederländer also zu nazifizieren seien⁷⁹; Divergenzen bestanden somit nicht hinsichtlich dieses generellen Zieles, umstritten war vielmehr die Methode, im Fall Janke also speziell der richtige Einsatz der Propagandamittel. Während Generalkommissar Schmidt offen mit dem NSB zusammenarbeitete, vermied Janke jeden Einsatz der niederländischen Nationalsozialisten innerhalb der deutschen Propaganda und befürwortete einen relativ „weichen Kurs“⁸⁰ in der Presse lenkung, der die öffentliche Meinung vorsichtig an das nationalsozialistische Deutschland heranführen sollte. Die mangelnde Resonanz dieser Politik in der niederländischen Bevölkerung mußte auch die Widerstände gegen ihn innerhalb der Besatzungsverwaltung stärken.

⁷⁶ Ebenda, Bene an AA, 28. 5. 42.

⁷⁷ Ebenda, Bene an AA, 18. 6. 42.

⁷⁸ Dies wird auch durch ein Schreiben des Leiters der Presseabteilung im AA an den Außenminister vom November 1940 belegt, in dem weitere Hilfskräfte für Wißmann angefordert werden. Schmidt begründete dieses Ansinnen mit einem Zitat Finks, der im Propagandaministerium angekündigt habe, „Wißmann in ein, zwei Monaten an die Wand gedrückt zu haben“. Diese Äußerung, so Schmidt, bedürfe „keines weiteren Zusatzes“. Eine sachliche Begründung, etwa ein Verweis auf eine bestehende pressepolitische Konzeption Wißmanns, erübrigte sich also (AA, HA Schmidt 2a, 11. 11. 40).

⁷⁹ Kwiet, a.a.O., S. 152 ff. sowie Gerhard Hirschfeld, *Fremdherrschaft und Kollaboration. Die Niederlande unter deutscher Besatzung 1940–1945*, Stuttgart 1984, S. 22 ff.

⁸⁰ Hoffmann, a.a.O., S. 120 ff.

Eine behutsame Politik, wie sie von Janke betrieben wurde, lag aber insbesondere auch im Interesse des Auswärtigen Amtes, da jeder vorschnelle Annexionismus den Status der Niederlande als „Ausland“ und damit die Präsenz des AA dort gefährden mußte. Dieser Position trat sogar Martin Luther bei, der führende Mann aus dem SS-Bereich innerhalb des AA, der – im Gegensatz zu den ansonsten innerhalb der Schutzstaffel vertretenen, rassistisch fundierten Neuordnungsplänen⁸¹, die das Erlöschen der nationalen Existenz der Niederlande vorsahen – in einem Schreiben vom Juli 1941 für eine nicht näher bestimmte Souveränität der Niederlande eintrat und damit zugleich die politische Konzeptionslosigkeit innerhalb der deutschen Führung gegenüber diesem Land sowie die geringe Offenbarungskraft des „Führerwillens“ in dieser Frage enthüllte. Danach habe Seyss-Inquart nach einem Besuch bei Hitler die Ansicht vertreten, „daß es nicht das Ziel der deutschen Verwaltung sein dürfe, einen innerlich widerstrebenden neuen deutschen Gau Niederlande zu schaffen, sondern ein durch seine nationalistische Haltung auf Gleichberechtigung Anspruch habendes Niederland“. Diese Anweisung bestätigte, so Luther, „die von mir immer vertretene These, daß die Niederlande nach der Ansicht des Führers nach dem Kriege eine gewisse [!] Selbständigkeit behalten sollen und daß wir, also das Auswärtige Amt, alle Veranlassung dazu haben, gewisse Positionen in den Niederlanden zu halten“.⁸²

Im übrigen waren die Kompetenzkämpfe im Propagandaapparat der besetzten Niederlande mit dem Herausdrängen des AA Anfang 1942 nicht beendet. Vielmehr erwuchs den Vertretern des Propagandaministeriums im neuen Pressechef Dittmar, einem Mann Dietrichs, ein neuer starker Opponent. Dietrich hatte damit seine in Polen begonnene Politik fortgesetzt, neben dem von Goebbels eingesetzten Propagandaapparat von ihm bestellte Presseorgane zu schaffen, die unmittelbar dem Chef der Besatzungsverwaltung unterstellt waren, so daß auf diese Weise Zuständigkeitsverhältnisse nach dem Vorbild im Reich geschaffen wurden.⁸³

5. Belgien

Nach der Besetzung des Landes⁸⁴ wurde die für den Feldzug gebildete Propaganda-staffel Belgien in eine Propagandaabteilung umgewandelt. Ihr Aktionsbereich umfaßte auch die dem Militärbefehlshaber in Brüssel unterstellten nordfranzösischen Gebiete. Wie bei den meisten Propagandaeinrichtungen der Wehrmacht hatte das Goebbels-Ressort sich auch hier durch Bereitstellung von Fachpersonal einen starken Einfluß sichern können. Zur Presselenkung bediente sich die Abteilung, die sich in die üblichen Referate für die einzelnen Propagandasparten gliederte, eines Systems aus Konferenzen, Anweisungen und Nachzensur. Außerhalb dieses Apparates wurde zusätz-

⁸¹ Kwiet, a.a.O., S. 109 ff.; Hirschfeld, a.a.O., S. 33 f.

⁸² AA, HA Luther 9, Luther an Steengracht, 2. 7. 41, 64.

⁸³ Hoffmann, a.a.O., S. 125 ff.; BA, R 55/217, Leiter Personalabteilung an Goebbels, Dezember 1941, 180 f.; AA, Ges. Den Haag, P 1, Vertreter AA, Bene, an AA, 10. 3. 42. – Zu den Kompetenzkämpfen im besetzten Polen siehe Dobroszycki, a.a.O.

⁸⁴ Zur Propaganda in Belgien siehe: Els de Bens, La Presse au temps de l'occupation de la Belgique (1940–1944), in: Revue d'histoire de la deuxième guerre mondiale 20 (1970), H. 80, S. 1–28.

lich eine eigene Pressestelle des Militärverwaltungschefs eingerichtet. Neben der Propagandaabteilung konnte sich – ähnlich wie in den Niederlanden – zunächst auch die Presseabteilung der deutschen Vertretung behaupten. Auch hier versuchte der Pressereferent, Liebe, sich durch schnelles Handeln eine Beteiligung an einer künftigen Pressepolitik im Lande zu sichern.

Liebe sah in der von der Propagandastaffel betriebenen Politik, unter Zurückstellung qualitativer Gesichtspunkte unmittelbar nach der Besetzung möglichst viele Zeitungen möglichst schnell herauszugeben, lediglich einen ersten „Abschnitt der Wiederbelebung der belgischen Presse“. Dieser ersten Phase müsse als nächster Schritt die „Neuherausgabe politischer und kultureller Zeitungen, die von einer rein belgischen Redaktion geleitet werden, die das Vertrauen des Publikums hat“, folgen. Zu diesem Zweck hatte er bereits unter den „in Brüssel gebliebenen echten Journalisten“ eine Auswahl getroffen und dafür gesorgt, daß ihnen die Redaktion des größten belgischen Blattes „Le Soir“ übertragen wurde; ähnliche Vorbereitungen liefen für eine flämische Zeitung, so daß Liebe bereits „alle wirklichen Journalisten in einem sehr engen Vertrauensverhältnis zur Botschaft“ sah und auf diese Weise „die Basis für unsere weitere Tätigkeit“ gelegt zu haben glaubte.⁸⁵

Ende Juni 1940 berichtete Liebe nach Berlin, er habe im engen Einvernehmen mit dem zuständigen Referenten des Chefs der Militärverwaltung seine Position weiter ausbauen können. Unter Verweis auf verschiedene Mißgriffe des Leiters der Wehrmachtpropaganda im Lande und angesichts des bis dahin geringen direkten Engagements des Propagandaministeriums schienen Liebe die „Voraussetzungen für eine Übernahme der Leitung der Pressepolitik beim Reichskommissar⁸⁶ durch einen Vertreter des Auswärtigen Amtes ... in vollem Umfang“ gegeben.⁸⁷ Nach einer gewissen Verstärkung seines Mitarbeiterstabes, die aber hinter den von ihm gehegten Erwartungen zurückblieb⁸⁸, versuchte Liebe, seine bisher erreichte Position im Juli auch quasi-vertraglich zu fixieren, indem er dem Chef der Militärverwaltung einen schriftlichen Vorschlag über seine künftige Mitarbeit in der Presselenkung unterbreitete.⁸⁹ Liebe setzte seine Hoffnungen jetzt ausschließlich auf diese Stelle, während ihm eine weitere Zusammenarbeit mit der Propagandaabteilung „völlig unmöglich“⁹⁰ erschien; offensichtlich versuchte er, Meinungsverschiedenheiten, die zwischen den beiden Wehrmachteinrichtungen über die Pressepolitik bestanden, zur Erweiterung seiner Kompetenz auszunutzen.

Zwar bricht die – ohnehin ausgesprochen schwache – Aktenüberlieferung hier ab, so daß das Zustandekommen dieser Übereinkunft fraglich bleibt, doch erlaubt das Positionspapier Liebes, für das er bereits die informelle Zustimmung der Militärverwaltung erhalten hatte, einen Einblick in die von ihm angestrebte Beteiligung seiner

⁸⁵ AA, PresseAbt., Belgien 1, Bd. 3, Liebe an AA, 10. 6. 40.

⁸⁶ Dieser Lapsus (ein Reichskommissar wurde in Belgien erst in der Endphase der Besetzung, 1944, bestellt) geschah möglicherweise mit dem Blick auf die Verhältnisse in den benachbarten Niederlanden.

⁸⁷ AA, PresseAbt., Belgien 1, Bd. 3, Liebe an AA, 22. 6. 42.

⁸⁸ Ebenda, Vermerk für Abt. P. v. 28. 6. 40 u. Kuhlmann an Liebe, 15. 8. 40.

⁸⁹ Ebenda, Liebe an AA, 9. 7. 40 u. 16. 7. 40.

⁹⁰ Ebenda.

Dienststelle an der Pressepolitik. Danach sollten seine Kompetenzen die „ständige Beratung“ und Information des Militärverwaltungschefs, die Abgabe von Sprachregelungen des AA auf der Pressekonferenz sowie die Benennung (aber nicht die Einsetzung) von „geeignete[n] Zensoren für die nichtmilitärischen Fragen“ beinhalten.⁹¹ Insgesamt waren dies sehr begrenzte Wünsche, die weit etwa hinter der in den Niederlanden vom AA beanspruchten Führungsrolle in der Pressepolitik zurückblieben.

6. Frankreich

Ähnlich wie in den Niederlanden und in Belgien wurde auch in Frankreich⁹² nach Beendigung des Feldzuges die hier eingesetzte Propagandaabteilung zu einer Propagandaabteilung erweitert: In ihrer Pariser Zentrale nach „fachlichen“ Gesichtspunkten in Gruppen, territorial nach Staffeln gegliedert, bildete sie, dem Militärbefehlshaber unterstellt, das eigentliche Instrumentarium der deutschen Propaganda im besetzten Frankreich. Wie fast alle anderen Propagandaeinrichtungen der Wehrmacht war auch die Abteilung dem Goebbels-Ressort eng verbunden. Ihr Leiter, Schmidtke, war ehemaliger Verbindungsoffizier im Propagandaministerium, die ihm unterstellten 100 bis 200 Offiziere und Sonderführer hatten vor ihrer Einberufung meist in irgendeiner Weise in Verbindung mit dem „Promi“ gestanden.⁹³

Zur Lenkung der französischen Presse führte die Abteilung, die mit ihren etwa 50 in der Pressegruppe beschäftigten Mitarbeitern auch die Provinzblätter unmittelbar erfassen konnte, ein umfassendes System der Vorzensur ein, unterstellte sich – wichtiges Instrument einer indirekten Zensur – die Aufsicht über die Papierverteilung, war für die Zulassung von Zeitungen wie Journalisten zuständig, hielt Pressekonferenzen ab und verbreitete Sprachregelungen über eine eigene Presseagentur, die „Agence française d’information de Presse“ (AFIP).⁹⁴ Bereits vor der Besetzung des südlichen Frankreichs fusionierte die AFIP mit dem „Office français d’information“ (OFI) der Vichy-Regierung, so daß von Oktober 1942 an eine einheitliche Nachrichtengebung unter deutscher Kontrolle gesichert war.⁹⁵

Nach der Okkupation Südfrankreichs im November des gleichen Jahres sollte die Pressekontrolle prinzipiell weiterhin der Vichy-Regierung überlassen bleiben. Die Propagandaabteilung konnte aber die Kompetenz über eine militärische Vorzensur er-

⁹¹ AA, PresseAbt., Belgien 1, Bd. 3, Liebe an AA, 16. 7. 40; anliegend: „Vorschlag zur Mitarbeit des Vertreters der Presseabteilung des Auswärtigen Amtes in Brüssel an den der Militärverwaltung auf dem Gebiet der Presse gestellten Aufgaben.“

⁹² Zur deutschen Propaganda in Frankreich siehe: Hans Umbreit, Der Militärbefehlshaber in Frankreich 1940–1944, Boppard a. Rh. 1968, S. 150–171; Claude Lévy, L’organisation de la propagande allemande en France, in: Revue d’histoire de la deuxième guerre mondiale 16 (1966), H. 64, S. 7–28, und ders., La presse de collaboration en France occupée: conditions d’existence, in: Revue d’histoire de la deuxième guerre mondiale 20 (1970), H. 80, S. 87–100.

⁹³ Umbreit, a.a.O., S. 150 ff.; zur Organisation der Propagandaabt. siehe auch: Elisabeth Dunan, La „Propaganda-Abteilung“ de France: Tâches et organisation, in: Revue d’histoire de la deuxième guerre mondiale 1 (1951), H. 4, S. 19–32.

⁹⁴ Umbreit, a.a.O., S. 155 ff.; Lévy, Organisation, S. 9 ff.

⁹⁵ Vgl. S. 242 f. dieser Arbeit.

langen und mit der Entsendung einer Propagandastaffel nach Lyon ihr Tätigkeitsgebiet sogar noch darüber hinaus erweitern.⁹⁶

Propagandaministerium wie Auswärtiges Amt versuchten, gegenüber der Propagandaabteilung einen politisch-propagandistischen Führungsanspruch durchzusetzen. Das AA befand sich dabei in einer besonders günstigen Position, nachdem es den langjährigen Frankreichspezialisten der Dienststelle Ribbentrop, Otto Abetz⁹⁷, im August 1940 als Beauftragten nach Paris entsenden konnte, ausgestattet mit einer Führeranweisung, die ihn zur „politischen Leitung“ von Presse, Rundfunk und Propaganda ermächtigte.⁹⁸ Im Gegenzug setzte Goebbels, der neben seiner generellen Feindschaft zur Ribbentrop-Behörde eine spezielle Abneigung gegen Abetz hegte⁹⁹, eine weitere Führerweisung durch, die die Zustimmung des Propagandaministeriums zu allen von Abetz herausgegebenen Richtlinien für die Propagandaarbeit vorschrieb.¹⁰⁰

Angesichts dieser Lage blieb Abetz nichts anderes übrig, als die ihm nur im Prinzip übertragenen Kompetenzen sozusagen auf „freier Wildbahn“, im bürokratischen Nahkampf vor Ort, auch wirklich durchzusetzen. Auf dem Pressesektor versuchte er daher, ähnlich wie die Presseabteilung in Berlin gegenüber dem Propagandaministerium, durch die Schaffung von konkurrierenden Einrichtungen, den Presselenkungsapparat der Propagandaabteilung auszmanövrieren. Er ließ, unterstützt vor allem von dem aus der Berliner Presseabteilung abgestellten Ernst Achenbach, Pressekonferenzen in der Botschaft abhalten und gründete eine eigene Nachrichtenagentur, die „Nouvelles Continentales“. Stets trat die Botschaft für eine Lockerung oder gar völlige Aufhebung des Systems der Vorzensur ein, in diesem Sinne nach der Besetzung Südfrankreichs auch für einen möglichst weitgehenden Bewegungsspielraum der Vichy-Regierung im Pressesektor.¹⁰¹ Sie mußte, da sie nun einmal keine Zensur-Kompetenz hatte, den Schwerpunkt ihrer Aktivitäten auf „weichere“ Formen der Presselenkung verlegen und generell – schon aus Ressort-Egoismus als Walterin der Außenpolitik des Reiches – für „diplomatisches“ und nicht besatzungsmäßiges Vorgehen eintreten. Insgesamt wird der Stil der Pressepolitik der Botschaft, die allerdings sehr schlecht dokumentiert ist¹⁰², als relativ offen und großzügig, auf Kollaboration mit den Franzosen und nicht

⁹⁶ Umbreit, a.a.O., S. 152 ff.

⁹⁷ Zu Abetz siehe Jacobsen, a.a.O., S. 270 f.; Eberhard Jäckel, Frankreich in Hitlers Europa, Stuttgart 1966, S. 66 ff., und die Autobiographie: Otto Abetz, Das offene Problem, Köln 1951. Zwischen Dezember 1942 und November 1943 wurde er aufgrund von Differenzen mit Hitler kaltgestellt und durfte in Frankreich selbst nicht aktiv werden (vgl. ebenda, S. 259–266).

⁹⁸ ADAP, D X, Nr. 282, Ribbentrop an Chef OKW, 3.8.40, Wiedergabe einer Führerverfügung.

⁹⁹ So berichtete Goebbels in seinem Tagebuch, Abetz mache auf ihn einen „verwaschenen Eindruck“ (IfZ, ED 172/68, 26. 11. 40); er hielt ihn für einen „Schwätzer“ (20. 10. 40).

¹⁰⁰ Umbreit, a.a.O., S. 151. Die im Jahre 1940 ausgetragene Kontroverse findet auch einen breiten Niederschlag in den Goebbels-Tagebüchern. Nachdem der Propagandaminister unmittelbar nach Beendigung der Feindseligkeiten den Eindruck hatte, sich in Paris gegenüber dem AA durchgesetzt zu haben (IfZ, ED 172/67, 27. 6. 40), berichtete er am 9. 7. über Schwierigkeiten mit dem Amt. („Man kann mit diesen Leuten nicht arbeiten.“) Zur Durchsetzung der ihn unterstützenden Führerweisung siehe die Eintragungen vom 16. 8., 27. 8. u. 18. 9. 40, zu Ribbentrops erfolglosen Gegenvorstößen unter dem 20. 9. 40.

¹⁰¹ Zu den Aktivitäten der Botschaft auf dem Pressesektor: Umbreit, a.a.O., S. 155 ff., u. Lévy, La Presse, S. 94 f.

¹⁰² Die im Politischen Archiv des AA eingesehenen Presseakten der Botschaft Paris gaben kein annähernd vollständiges Bild. Dieser Bestand und der Schriftverkehr der Botschaft mit den militärischen Stellen sind breit für die Arbeit von Umbreit ausgewertet worden. An einigen

auf starre Anweisungen setzend beschrieben, ohne daß sich hier unbedingt eine durchgehende alternative Konzeption der Frankreich-Politik des AA sichtbar machen ließe.¹⁰³

Nachdem Abetz' Stellung im November 1940 durch die Aufwertung seiner Dienststelle zur Botschaft gestärkt worden war¹⁰⁴ (allerdings, damit die ungelöste Kompetenzfrage in der deutschen Frankreichpolitik¹⁰⁵ widerspiegelnd, ohne ein Agrément bei der französischen Regierung zu erhalten), setzte er verstärkt seine – erstmalig im August unternommenen – Versuche fort, bei der Wehrmacht eine Auflösung der Propagandaabteilung zu erwirken. Dabei stieß er sogar beim Militärbefehlshaber¹⁰⁶, dem die Abteilung ohnehin als ein von Goebbels ferngesteuerter Fremdkörper erschien¹⁰⁷, auf Zustimmung. Vorsorglich wurde aber in der Botschaft, vor allem wegen Mangels an geeigneten Propagandafachkräften, als Alternative erwogen, den im Lande weitverbreiteten Apparat der Propagandaabteilung in Form einer militärischen Zensurbehörde zu erhalten. Generelle Weisungen sollte sie nach Abstimmung zwischen Propagandaministerium, AA und OKW/WPr erhalten, während für alle „unmittelbaren“ Weisungen an einen politischen Führungsanspruch der Botschaft gedacht war, die „die betreffenden Franzosen seit Jahren für die nationalsozialistischen Gedankengänge gewonnen“ habe und der es „überhaupt zu verdanken ist, daß sie sich heute vorbehaltlos ... zur Verfügung gestellt haben“.¹⁰⁸

Als beide Pläne am Widerstand von Propagandaministerium und OKW/WPr scheiterten¹⁰⁹, verlegte sich Abetz während der nächsten Monate wieder auf ein offenes Konkurrenzverhalten in der Pressearbeit vor Ort. Bereits im Juli 1941 glaubte er, seine in Berlin nicht anerkannten Kompetenzansprüche durch Erfolge in der praktischen Arbeit so weit vorangetrieben zu haben, daß die Propagandaabteilung, „die in nunmehr einjährigem Kampf müde geworden ist und inzwischen eingesehen hat, daß die Botschaft als Dauerbehörde sie letzten Endes doch aus dem Felde schlagen wird“¹¹⁰, letztlich von sich aus zurückweichen werde.

Trotz dieser optimistischen Haltung erwies sich der Widerstand der Militärs und des „Promi“ als zäher denn erwartet: Als die Botschaft im August/September 1942 erneut einen Vorstoß zur „Überführung der politischen Aufgaben der Propagandaabteilung Frankreich an die Botschaft“¹¹¹ unternahm, argumentierte die Wehrmacht¹¹², der Militärbefehlshaber sei „z. B. auch dafür verantwortlich, daß die Belange des ge-

Stellen läßt sich diese Darstellung durch einzelne Schriftstücke aus den Handakten Luther und aus dem Propagandaministerium ergänzen. Zur problematischen Quellenlage in den französischen Archiven siehe Lévy, *La presse*, S. 87.

¹⁰³ Ebenda, S. 94 f.; Umbreit, a.a.O., S. 154 ff.

¹⁰⁴ ADAP, D XI, Bd. 2, Nr. 368, Führerentscheidung v. 20. 11. 40.

¹⁰⁵ Zum „Kompetenzkrieg“ zwischen Botschaft, Militärbefehlshaber und Waffenstillstandskommission: Jäckel, a.a.O., S. 63–73.

¹⁰⁶ AA, HA Luther 4, Aufzeichnung Krug v. Nidda, 29. 11. 40, 410. Vgl. auch die Abetz-Telegramme in den Akten des Staatssekretärs, Frankreich 2 u. 3, v. 22. 8. 40, 2. 9. 40, 3. 12. 40, 11. 12. 40.

¹⁰⁷ Umbreit, a.a.O., S. 151 f.

¹⁰⁸ AA, HA Luther 4, Abetz an Ribbentrop, 3. 12. 40, 411 f.

¹⁰⁹ Umbreit, a.a.O., S. 152.

¹¹⁰ Ebenda.

¹¹¹ AA, HA Luther 14, Luther an Abetz, 24. 8. 42, 42 f.

¹¹² Ebenda, Luther an Abetz, 5. 9. 40, 40 f.

samt den deutschen Rüstungspotentials auf dem Sektor Frankreich gewahrt blieben“; zu diesem Zweck müsse er aber „den notwendigen Propagandaapparat selbst in der Hand behalten“. Außerdem befürchtete der Militärbefehlshaber angesichts häufig wiederkehrender Meinungsverschiedenheiten mit der Botschaft, die Pläne des AA würden „die einheitliche Führung der Presse gefährden“ – Argumente, die schließlich auch Jodl dazu bewogen, „eine Abgabe der Presselenkung an die Botschaft für ausgeschlossen“ zu halten.¹¹³ Nachdem zwischenzeitlich der Versuch der Botschaft gescheitert war, mit Hilfe der Auskämaktion des Generals v. Unruh der Propagandaabteilung das Personal entziehen zu lassen, gelang es dem AA im Herbst 1943, auf dem Verhandlungswege eine Beschränkung der militärischen Propaganda zu erreichen.¹¹⁴ Am 28. Oktober 1943 kam es so zu einem Befehl des OKW¹¹⁵, nach dem sich die Abteilung „auf rein militärische Aufgabenkreise“ beschränken sollte. Aufgrund dieser Anordnung sollten im Pressebereich abgetreten werden: die „politische Zensur, Lenkung und Steuerung der französischen Presse, der Nachrichtenagenturen, des Zeitschriftenwesens, der Bildpresse und ihrer Agenturen sowie des Vertriebes der französischen Presseerzeugnisse“.

Als der Militärbefehlshaber sich – unter massiver Einwirkung der Botschaft – anschickte, diese und andere Propagandakompetenzen auf die Mission zu übertragen, versuchte Goebbels Anfang November, mit der Entsendung eines „Bevollmächtigten“ nach Paris in letzter Minute die Errichtung einer eigenständigen Dienststelle als Aufgangeinrichtung für die umstrittenen Propagandakompetenzen vorzubereiten, „die weder dem Auswärtigen Amt untersteht, noch der Wehrmacht in irgendeiner Form angegliedert“ sein sollte.¹¹⁶ Zwar besaß das Propagandaministerium bereits einen eigenen „Sachverständigen“ für Propagandafragen in der Botschaft¹¹⁷, doch befürchtete man im Goebbels-Ressort, daß dieser Mitarbeiter eine zu schwache Position habe¹¹⁸, um die Kompetenzen des eigenen Hauses zu wahren. Der als „Bevollmächtigter“ ausersehene ehemalige „Reichsintendant“ Glasmeier¹¹⁹ wirkte nun zusätzlich auf den Militärbefehlshaber ein und brachte ihn dazu, die Überleitung erst einmal auszusetzen. Parallel dazu versuchte das Propagandaministerium, durch „Anrufung des Reichsministers Dr. Lammers“ eine Führerentscheidung herbeizuführen.¹²⁰

Die Ereignisse setzten sich nun in zwei Entscheidungsarenen fort: in Paris bestritt die Botschaft Glasmeier „jede Legitimation“ und ließ – nach Informationen aus dem „Promi“ – die Abteilungsleiter für Rundfunk, Presse und Kultur des AA aus Berlin

¹¹³ AA, HA Luther 12, Luther an Hewel, 28.9.42, 262f. Damit waren auch die Versuche des AA, über den „OB-West“ eine Verlagerung der Kompetenzen zu erreichen, gescheitert.

¹¹⁴ Umbreit, a.a.O., S. 154f.

¹¹⁵ Inhaltliche Wiedergabe in der „Dienstsanweisung für den Bevollmächtigten des Reichsministeriums für Volksaufklärung und Propaganda in Frankreich“, BA, R 55/516, 310f.

¹¹⁶ Ebenda, Vermerk Hopf, 6.11.43, 312; vgl. ebenda, „Dienstsanweisung“. Entsprechend den Selbständigkeitsbestrebungen Dietrichs sollte dem Bevollmächtigten noch ein gesonderter „Beauftragter des Pressechefs der Reichsregierung“ unterstellt werden.

¹¹⁷ Entsprechend dem Arbeitsabkommen v. 22.10.41 war hier ein Beauftragter des Goebbels-Ressorts mit dem Titel eines Generalkonsuls tätig geworden (Boelcke, Kriegspropaganda, S. 143).

¹¹⁸ BA, R 55/516, Schmidt-Leonhardt an Goebbels, 16.11.43, 314–317.

¹¹⁹ Zur Person siehe Boelcke, Kriegspropaganda, S. 90.

¹²⁰ Wie Anm. 118.

einfliegen, die versuchen sollten, „ihrerseits auf den Militärbefehlshaber einzuwirken“. Währenddessen richtete sich Glasmeier „vorläufig ohne Zuständigkeiten“ im Hotel Ritz ein und empfing dort „die Abteilungsleiter der Propaganda-Abteilung im Einvernehmen mit Schmidtknecht ... zu dem Zweck, für den Fall einer uns günstigen Entscheidung sofort organisatorisch auf den Plan treten zu können“, was sogleich zu „scharfer Kritik aus dem Lager des Auswärtigen Amtes“ – dazu noch in einer „Atmosphäre der Belauerung“ – führte.¹²¹

Neben diesem Okkupationsversuch vor Ort sah sich Goebbels in seinem Bemühen enttäuscht, über Lammers auf eine Führerweisung hinzuwirken, da Ribbentrop nach einer direkten Intervention bei Hitler dem Chef der Reichskanzlei mitteilen ließ, der „Führer“ habe einer Übertragung der Propaganda in Frankreich auf das AA zugestimmt. Nach der Logik des „Führerstaates“ war es nun an Goebbels, seinerseits sich unmittelbar an die höchste Stelle zu wenden: Dies geschah durch ein Schreiben vom 24. November 1943.¹²²

Goebbels betonte hier, „daß das Zerschlagen eines erprobten Propagandainstrumentes, welches 3½ Jahre mit größtem Erfolg gearbeitet hat, während einer gespannten Lage in Frankreich nicht nur ernste Folgen für die Politik des Reiches in diesem Lande haben, sondern darüber hinaus vor allem auch meine in die Feind- und in die neutralen Staaten gerichtete Propaganda, die ich auf dem Wege über Frankreich durchführte, in Frage stellen würde“. Vor allem beschwerte sich Goebbels aber über den von Ribbentrop eingeschlagenen Weg: während er selbst sich zunächst zur Klärung der strittigen Frage an Lammers als zentrale Clearing-Stelle der NS-Bürokratie gewandt habe, hätte Ribbentrop sich „entgegen Ihrer mehrfach geäußerten Weisung, strittige Fragen Ihnen nur gemeinsam vorzutragen, ohne mich zu beteiligen und unter ungenügender Information in dieser Frage an Sie, mein Führer, gewandt und auf diesem Wege eine gegen meine Arbeit gerichtete Entscheidung herbeigeführt“. Zwar wolle er auch in diesem Falle – „wie immer“ – dem „für meine Arbeit sehr schmerzlichen Befehl Folge leisten“, doch würde die Übertragung der Aufgaben in Frankreich „auf eine neue Diplomatenorganisation ... Fragen von so großer Tragweite“ aufwerfen, daß er sich gezwungen sähe, „Sie, mein Führer, auf meine starken Bedenken gegen die von Reichsminister von Ribbentrop angestrebte Neuordnung aufmerksam zu machen“. Ohne daß sich der weitere Entscheidungsverlauf im einzelnen rekonstruieren ließe, blieb die Frage der Überleitung der nicht-militärischen Propaganda-Kompetenzen bis zur alliierten Invasion unentschieden.¹²³

7. Serbien und Griechenland

Die Quellenlage für die deutsche Propaganda in den besetzten Gebieten des europäischen Südostens muß als äußerst schlecht bezeichnet werden; generell läßt sich aber sagen, daß die Position des AA hier vergleichsweise stark war. Schon vor 1941

¹²¹ Ebenda.

¹²² Dieses bisher unbekanntes Dokument befindet sich in den Goebbels-Papieren: IfZ, ED 172, Bd. 106/107. Siehe zu diesen Vorgängen auch die Eintragung im gedruckten Teil der Tagebücher, a.a.O., 14. 11. 43.

¹²³ Umbreit, a.a.O., S. 155.

hatte sich die Presseabteilung in diesem Raum wichtige Einflußmöglichkeiten und Kontakte aufgebaut: durch entsprechende Beziehungen zu den Balkan-Korrespondenten in Berlin, durch die Arbeit der Pressereferenten an den Missionen und vor allem durch die eigens für die Region geschaffene Nachrichtenagentur „Transkontinent Press“, die sowohl Material sammelte wie auch verbreitete, waren günstige Voraussetzungen für eine Beteiligung des Amtes an der Propaganda der deutschen Besatzungsverwaltung in Serbien und Griechenland geschaffen.

Diese Pressebeziehungen spielten auch in der politischen Vorgeschichte des deutsch-jugoslawischen Konflikts im Frühjahr 1941 eine wichtige Rolle.¹²⁴ Abteilungschef Schmidt machte Ribbentrop im Herbst 1940 darauf aufmerksam, daß der ihm persönlich bekannte Direktor der Belgrader Zeitung „Vreme“, Danilo Gregoric, offenkundig versuchte, im Auftrag seiner Regierung Möglichkeiten zur Verbesserung der deutsch-jugoslawischen Beziehungen zu sondieren. Im Auftrag Ribbentrops hielt Schmidt Kontakt zu Gregoric und vermittelte auch ein Gespräch mit dem deutschen Außenminister. Gegenüber dem Jugoslawen machte er klar, daß die deutschen Wünsche eindeutig auf einen Beitritt Jugoslawiens zum Dreimächtepakt hinausliefen. Über den gleichen Kanal wurde dann ein Treffen des jugoslawischen Außenministers Cincar-Markovic mit Ribbentrop und Hitler im November 1940 vereinbart, dem sich ein Besuch des Premiers Cvetkovic im Februar 1941 anschloß. War hier noch keine eindeutige Zusage zu erzielen gewesen, so führte vermehrter deutscher Druck schließlich am 25. März zur Unterzeichnung der Beitrittserklärung durch Jugoslawien; ein Beispiel dafür, daß die Presseabteilung und insbesondere ihr Leiter zuweilen mit Aufgaben betraut wurden, die weit über das eigentliche Arbeitsgebiet der auswärtigen Pressepolitik hinausreichten.¹²⁵

Nachdem zwei Tage nach Vertragsabschluß ein Militärputsch die pro-deutsche Haltung Jugoslawiens beendet hatte, beeilte sich das Auswärtige Amt, in die Vorbereitungen der Wehrmacht für Propagandamaßnahmen während des geplanten Balkan-Feldzuges einbezogen zu werden.¹²⁶ Das OKW willigte auch in die Abstellung von AA-Personal zur eigens eingerichteten „Propaganda-Staffel Serbien“ ein – bei den voraus-

¹²⁴ Zu diesem Komplex liegt dem Verfasser eine ausführliche schriftliche Stellungnahme Schmidts vor. Sie deckt sich in allen Einzelheiten mit der Darstellung seines Gegenübers auf jugoslawischer Seite (Danilo Gregoric, *So endete Jugoslawien*, Leipzig 1943, S. 93 ff.) und wurde auch in Kenntnis dieses Buches geschrieben. Die meisten Punkte dieser Darstellung lassen sich auch durch in den ADAP gedruckte Schriftstücke nachvollziehen: D XI, Bd. 1, Nr. 324, Schmidt an Ribbentrop, 12. 11. 40; Bd. 2, Nr. 708, Gregoric an Schmidt, 20. 1. 41; D XII, Bd. 1, Nr. 10, Schmidt an Ribbentrop, 4. 2. 41; Nr. 20, Ribbentrop an Ges. Belgrad, 6. 2. 41; vgl. auch Klaus Olshausen, *Zwischenspiel auf dem Balkan. Die deutsche Politik gegenüber Jugoslawien und Griechenland von März bis Juli 1941*, Stuttgart 1973, S. 21 ff.

¹²⁵ Über seine Rolle in den deutsch-jugoslawischen Beziehungen hatte sich Schmidt auch vertraulich gegenüber Journalisten geäußert. So heißt es in einer Aufzeichnung Fritz Sängers, des Berliner Vertreters der Frankfurter Zeitung vom 29. 3. 41, Schmidt habe – nach dem Putsch in Belgrad – durch längere Ausführungen versucht, „sich zu rehabilitieren“. Dabei habe es sich nicht nur darum gehandelt, „das Haus sauber zu putzen, sondern auch darum, die eigene Stellungnahme des Dr. Sch. zu rechtfertigen, der sich nach seiner eigenen Darstellung weitgehend aktiv an den Maßnahmen der deutschen Politik gegenüber Jugoslawien beteiligt hat“. (BA, ZSg 102/49.)

¹²⁶ IfZ, NG 3170, Aufzeichnung AA betr. Propaganda-Einsatz in Griechenland und Jugoslawien, 28. 3. 41.

gegangenen Feldzügen waren ähnliche Rekrutierungen eine Domäne des Propagandaministeriums gewesen.¹²⁷

Nach Beendigung der Kämpfe wurde der Vertreter des AA beim Armeecoberkommando 12, Benzler, zum „Bevollmächtigten des Auswärtigen Amts beim Militärbefehlshaber in Serbien“¹²⁸ ernannt. Die Dienststelle des „Bevollmächtigten“ nahm neben weitgehenden Eingriffen im Bereich des Rundfunks mit Hilfe einer eigenen Presseabteilung auch Einfluß auf die Neugestaltung der Presse im besetzten Gebiet.

Ein ausführlicher Bericht Benzlers¹²⁹ vom November 1941 gibt – als eines der wenigen erhaltenen Dokumente – einen Überblick über die ersten Monate der Tätigkeit der Presseabteilung und macht deutlich, wie stark die deutsche Pressepolitik in Serbien durch eine Konkurrenzhaltung der Propagandastellen¹³⁰ und Abhängigkeiten von einheimischen Interessen beeinflusst war: Von Anfang an sah sich die Presseabteilung in ihrer Arbeit durch die (inzwischen aus der Propagandastaffel hervorgegangenen) „Propagandaabteilung Serbien“ behindert, die in Konkurrenz zu ihr eine eigene „Pressegruppe“ einrichtete. Der Leiter dieser Gruppe, Gruber, früher Korrespondent des Deutschen Nachrichtenbüros in Belgrad, so schildert es Benzler, sähe seine Hauptaufgabe darin, seinem alten Arbeitgeber eine Monopolstellung in Serbien zu verschaffen; er sei aber „durch persönliche Beziehungen und Freundschaften in der freien Beurteilung der zur weiteren Pressearbeit in Frage kommenden serbischen Persönlichkeiten behindert“ und treffe daher laufend Fehlentscheidungen. Zunächst habe man sich noch mit der Propagandaabteilung darauf einigen können, „zur Überbrückung der entstandenen zeitunglosen Zeit“ ein Provisorium zu schaffen, indem man das bereits bestehende Belgrader Gemeindeblatt „Opštinske Novine“ zu einer Tageszeitung ausbaute. Dem auf Vorschlag der Presseabteilung ernannten Chefredakteur sei es gelungen, „einen Stab arbeitsfreudiger, positiver Journalisten zu sammeln, der einheitlich ausgerichtet eine aufbauende Arbeitsgemeinschaft bildete, die eng mit der Presseabteilung der Dienststelle des Auswärtigen Amts zusammenarbeitete“. Nach sechs Wochen erfolgreicher Tätigkeit habe die Propagandaabteilung einen deutschen Zensor eingesetzt, „wodurch sofort Schwierigkeiten entstanden“: Anregungen der Presseabteilung „wurden des öfteren von der Zensur gestrichen“, nach einer schwer-

¹²⁷ AA, HA Luther 7, Krug v. Nidda an Luther, 8. 4. 41, 220.

¹²⁸ Zur Organisation der Besatzung in Serbien: Olshausen, a.a.O., S. 141 ff. und ADAP, D XII, Bd. 2, Nr. 365, Ribbentrop an AA, 17. 4. sowie dortige Anmerkung zum Führerbefehl vom 28. 4. über die Einsetzung eines „Bevollmächtigten des AA beim Militärbefehlshaber in Serbien“. – Hans-Ulrich Wehler, „Reichsfestung Belgrad“. Nationalsozialistische „Raumordnung“ in Südosteuropa, in: VfZ 11 (1963), S. 72–84, zeigt den realitätsfernen Charakter der deutschen Pläne zur „Neuordnung“ des Südostens.

¹²⁹ AA, Kult.Pol., D IV 106 a, Benzler an AA, 4. 11. 41.

¹³⁰ Bereits am 3. 5. 41 hatte Wüster über Kompetenzstreitigkeiten mit der gerade eingetroffenen Propagandaabteilung nach Berlin berichtet: AA, HA Luther 7, Wüster an Luther, 69. – Sechs Monate später stellte der Vertreter des AA bei OKW/WPr anlässlich eines Streits um die Uk-Stellung eines dringend in Belgrad benötigten Propagandafachmannes fest, es herrsche „eine gewisse Verstimmung ... beim OKW darüber ..., daß es angeblich zwischen dem Beauftragten des Auswärtigen Amts in Belgrad und der Propaganda-Abteilung bisher zu einer ersprießlichen Zusammenarbeit nicht gekommen ist“: AA, Kult.Pol.Geh., Abt. Inf. 22, Bd. 1, VAA bei OKW/WPr an Inf.Abt., 6. 11. 41.

wiegenden Zensurpanne habe das Blatt sein Erscheinen sogar völlig einstellen müssen.

Inzwischen war aber nach Verhandlungen deutscher Stellen mit einheimischen Verlegern ein „zentrales Verlagsunternehmen“, die „Serbische Verlags-A.G.“ gegründet worden. Die Presseabteilung kritisierte nun vor allem, daß durch die Neugründung der Verlag der bisher einzigen deutschfreundlichen Zeitung, der „Vreme“, zerschlagen worden sei. Den Gesellschaftern des anderen, vor der Besetzung bestehenden großen Blattes sei es gelungen, durch geschicktes Taktieren in den Verhandlungen für die Zerteilung ihres Hauptkontrahenten zu sorgen, ihr eigenes Unternehmen aber intakt zu halten. Die neue „Serbische Verlags-A.G.“ brachte nun die „Novo Vreme“ heraus, deren Mitarbeiter, so kritisierte die Presseabteilung, „größtenteils sowohl weltanschaulich als auch politisch vom deutschen Standpunkt aus gesehen abzulehnen gewesen wären“, so daß die deutscherseits in das Unternehmen gesteckten Hoffnungen „nicht in Erfüllung gingen“. Trotzdem habe aber Gruber von der Propagandaabteilung „aus unerklärlichen Gründen“ die Interessen der „Novo Vreme“ verteidigt. Nachdem der Presseabteilung hier kein geeignetes Medium zur Verfügung stand, gelang es ihr, den Verlag zu veranlassen, mit Hilfe des ihr nahestehenden Redaktionsstabes der eingegangenen „Opštinske Novine“ eine neue Nachmittagszeitung herauszugeben. Das neue Blatt „Obnova“, dessen Aufgabe es sei, „aufklärerisch auf sein Lesepublikum zu wirken und mitzuarbeiten an einer ersprießlichen Zusammenarbeit zwischen den deutschen Besatzungsbehörden und den einzelnen serbischen Dienststellen“, habe sich sehr schnell zu einer Konkurrenz zur „Novo Vreme“ entwickelt. Daraufhin habe Gruber eingegriffen und den Preis des neuen Blattes verdoppeln lassen, um dessen Auflage zu senken; ferner würden „Obnova“ auch „von der Zensur immer wieder Schwierigkeiten bereitet“.

Schließlich sei es aber der Presseabteilung gelungen, eine Beteiligung an der Zensur durchzusetzen, so daß „außenpolitisch eine klare Haltung zum Ausdruck kommen“ werde. Ebenso gäbe es gewisse Ansätze, um auf die inhaltliche Gestaltung von „Novo Vreme“ stärker Einfluß nehmen zu können. Neben dieser Verlagspolitik habe die Presseabteilung für die Einführung einer täglichen Pressekonferenz gesorgt: auf ihr nähmen „die vom Auswärtigen Amt gesendeten Pressesprachregelungen“ einen wesentlichen Platz ein; generell habe das durch die Presseabteilung den Zeitungen übermittelte Material bereits „wesentlich zur Belebung der Zeitungen“ beigetragen, da auf diese Weise „die Monopolstellung des DNB, die eine Eintönigkeit und Monotonie ... auf nachrichtenpolitischem Gebiet verursacht“ hätte, gebrochen worden sei. Die Propagandaabteilung versuchte allerdings mit Hilfe der Zensur, die Verbreitung von Material, das nicht über das DNB übermittelt wurde, zu verhindern.

Trotz der „großen Schwierigkeiten, die von seiten Dr. Gruber und seiner Mitarbeiter aus völlig unerklärlichen Gründen gemacht werden“, glaubte Benzler resümieren zu können, daß „in der Pressearbeit bereits beachtliche Erfolge erzielt werden konnten“. Für die Zukunft befürchtete er allerdings, daß „nach dem Wiedererstehen des serbischen Staates in irgendeiner Form“ die „Serbische Verlags-A.G.“ auseinanderfallen könne und die „Politika“ ihre „frühere negative Tätigkeit wieder aufnimmt“. Um dies zu verhindern, hatte Benzler bereits einen Vortrag ausgehandelt, in dem vorgesehen war, den „Politika“-Verlag mit der „Serbischen Verlags-A.G.“ zu fusionieren und später auf ein Ausscheiden der „Politika“-Partner aus der Gesellschaft hinzuwirken. Auf

diese Weise entstände ein „sowohl pressepolitisch als wirtschaftlich ... solides Unternehmen, das einheitlich ausgerichtet wirkt“ und das „größte derartige Unternehmen im Südosten überhaupt darstellen“ würde.

Wie in der Kampagne gegen Jugoslawien versuchte das AA auch beim Feldzug gegen Griechenland von Anfang an, Einfluß auf die Aufstellung der entsprechenden Propagandaeinheiten der Wehrmacht zu nehmen.¹³¹ Nach Besetzung des Landes gelang es ihm, die Etablierung eines „Bevollmächtigten des Reiches für Griechenland“ durchzusetzen, der als Vertreter des AA für sämtliche politischen Fragen gegenüber der griechischen Regierung und den übrigen Besatzungsmächten zuständig war und damit über Kompetenzen verfügte, die an denen des Militärbefehlshabers vorbeiführten; die Stelle wurde mit einem Propagandafachmann, dem Leiter der Abteilung Information des AA, besetzt.¹³² Bevor die Regelung in Kraft trat, hatte ein Sonderbeauftragter des AA, der zuvor in Propagandaangelegenheiten auf dem Balkan tätige Generalkonsul Walther Wüster, bereits während einer Blitzreise in das gerade besetzte Land die Kompetenzen des Amtes im Propagandabereich gesichert und so nach Berlin melden können: „Der Armee gegenüber habe ich mich mit der Propagandaarbeit durchgesetzt.“ Auch die entsprechenden Fachleute im Propagandaministerium seien zu diesem Zeitpunkt noch nicht nennenswert in Erscheinung getreten.¹³³

Ende 1942 nahm die Wehrmacht eine Neuregelung in den Kompetenzen ihrer Propagandaeinrichtungen vor: für den gesamten Raum wurde eine „Propaganda-Abteilung Südost“¹³⁴ geschaffen, die dem – bereits im Juni 1941 etablierten – „Wehrmachtbefehlshaber Südost“¹³⁵ als oberstem regionalem Militärkommandeur unterstand. Für das Amt kam diese Neuregelung nicht überraschend: Bereits im Mai 1942 hatte man mit dem OKW „Richtlinien“ über die Tätigkeit der neuen Propaganda-

¹³¹ IfZ, NG 3170, Propagandaeinsatz in Griechenland, 28. 3. 41.

¹³² ADAP, D XII, Bd. 2, Nr. 444, 3. 5. 41 (inhaltliche Wiedergabe des Führerbefehls über die Einrichtung eines „Bevollmächtigten des Reiches für Griechenland“); vgl. auch Olshausen, a.a.O., S. 146, sowie Robert Herzog, Grundzüge d. deutschen Besatzungsverwaltung in den ost- und südosteuropäischen Ländern während des Zweiten Weltkrieges, Tübingen 1955, S. 146 f.

¹³³ AA, HA Luther 9, Wüster an Luther, 1. 5. 41. Aus der Sicht des Propagandaministeriums ergaben die Verhältnisse im Wirkungsbereich der Propagandaabt. Südost folgendes Bild: „Zuständig in diesem Raum sind 6 Militärbefehlshaber, 4 Gesandte, das Sicherheitshauptamt und der SD. Dazu kommt, daß die politischen Verhältnisse dort noch schwieriger sind, weil die Abgrenzung gegenüber den Italienern nicht klar liegt. Eine einheitliche Politik, die an und für sich vom Auswärtigen Amt festgelegt werden müßte, setzt sich nicht durch, weil die Wehrmacht bis zu den Divisionen herunter ihre eigene Politik betreiben [sic!], in der Behandlung der ihnen unterstellten Menschen ganz verschiedene Auffassungen haben [sic!] und sogar selbstständig Propaganda betreiben [sic].“ (BA, R 55/1432, Aufzeichnung Scheler [Abt.Pro.] an Staatssekretär, 23. 2. 43, 10–23, 16).

¹³⁴ Vgl. Boelcke, Kriegspropaganda, S. 186.

¹³⁵ ADAP, D XII, Bd. 2, Nr. 609, Führerweisung v. 9. 6. 41. Als Gesamtvertretung des AA in der Region wurde am 29. 10. 43 die „Dienststelle des Sonderbevollmächtigten des AA für den Südosten“ geschaffen und mit dem ehemaligen Wiener Oberbürgermeister Neubacher besetzt, der schon zuvor verschiedene „Sonderaufträge“ in der Region wahrgenommen hatte: H.N., Sonderauftrag Südost 1940–1945. Bericht eines fliegenden Diplomaten, Göttingen 1956. Zu den weiteren organisatorischen Veränderungen in der militärischen Spitzengliederung siehe Herzog, a.a.O., S. 85 f.

abteilungen ausgehandelt¹³⁶, „die die Verantwortung für die Gesamtpropaganda für Griechenland beim Bevollmächtigten des Deutschen Reiches und somit beim Auswärtigen Amt“ berücksichtigten. Damit blieb die Tätigkeit der Abteilung auf die Betreuung der deutschen Truppen und auf die rein militärische Zensur der griechischen Presse beschränkt.

Wenn also das AA sich auch in Serbien und Griechenland eine weitgehende Beteiligung an der Propaganda gesichert hatte, so dürfte dieser Erfolg für die Presseabteilung doch dadurch eingeschränkt worden sein, daß die Presse dieser Länder innerhalb der Gesamtpropaganda eine relativ geringe Rolle spielte. Das lag zum einen daran, daß andere Verbreitungsmittel wie Flugblätter, Plakatwerbung, Lautsprechereinsatz und ähnliches hier eine größere Rolle spielten, zum anderen fanden wohl auch die großen internationalen Themen, an deren propagandistischer Behandlung die Presseabteilung natürlich am meisten interessiert war, gegenüber den Nationalitätsproblemen der Region einen vergleichsweise geringen Niederschlag in der dortigen Publizistik.

8. Die Durchsetzungsfähigkeit des AA in der Besatzungs-Pressepolitik

Der Überblick über die Präsenz des AA in der Pressepolitik in den besetzten Gebieten zeigt, daß es Chancen hatte, sich in den Ländern zu behaupten, die zu Beginn der Besetzung eindeutig ihren „Auslands“-Status behielten und so eine Legitimation für eine außenpolitische Vertretung des Reiches boten.

Am besten gelang dies durch die eigenartigen völkerrechtlichen Bedingungen der „friedlichen“ Besetzung in Dänemark, wenn auch gerade diese Bedingungen der Presselenkung Grenzen setzten.

In Frankreich, wo Wert zumindest auf den Anschein einer fortbestehenden Eigenstaatlichkeit gelegt wurde, und in Griechenland und Serbien, wo aufgrund der in Bewegung gekommenen Grenzen die Notwendigkeit einer starken außenpolitischen Präsenz des AA bestand, wurden neben den „unpolitischen“ Militärverwaltungen außenpolitische Vertretungen des AA mit umfassenden Kompetenzen geschaffen, die sich im Pressebereich einen gewissen Freiraum sichern konnten.

In den Niederlanden, in Belgien und in Norwegen, die als Bestandteile eines künftigen „großgermanischen Reiches“ angesehen wurden, bestand keine Veranlassung zur demonstrativen Hervorhebung der Nationalstaatlichkeit und damit keine günstigen Voraussetzungen für eine Präsenz des AA. Da aber hier Teile der diplomatischen Vertretung die Kampfhandlung überdauert hatten, versuchte es, sich durch Aktivität vor Ort in die Konstituierungsphase der Besatzungsverwaltungen einzuschalten. Dieser Versuch scheiterte in Norwegen an einem starken Reichskommissar, der sogleich durch eine Führerentscheidung der Präsenz sämtlicher AA-Leute ein Ende bereitete. Da solche Entscheidungen in Belgien und in den Niederlanden ausblieben, konnten sich die Vertreter des Auswärtigen Amtes im ersten Fall zumindest einige Monate, im zweiten fast zwei Jahre behaupten. Im übrigen sei noch darauf verwiesen, daß man in

¹³⁶ AA, HA Luther 12, Vertreter des AA bei OKW/WPr an Informationsabteilung, 22. 5. 42.

der Presseabteilung des AA bereits Überlegungen angestellt hatte, wie die eigenen Kompetenzen bei einer Besetzung Großbritanniens durchzusetzen seien.¹³⁷

War das AA so in den meisten besetzten europäischen Staaten aus der eigentlichen Besatzungspolitik verdrängt worden, erhob es doch weiter den Anspruch, bei der Behandlung „außenpolitischer“ Angelegenheiten der Okkupationsverwaltungen hinzugezogen zu werden. So versuchte Ribbentrop im Frühjahr 1944, über Lammers auf eine Führeranordnung hinzuwirken, in der die Reichskommissare angewiesen werden sollten, „in allen Fragen, die eine außenpolitische Wirkung haben könnten“ – und wo hätte sich ein solcher Anspruch nicht konstruieren lassen! – vorab das AA zu konsultieren; zusätzlich sollte das Auswärtige Amt ermächtigt werden, „Verbindungsmänner“ zu allen Reichskommissaren zu entsenden. Als das AA – die Zustimmung des „Führers“ erst einmal vorwegnehmend – Anstalten machte, einen solchen Verbindungsmann nach Norwegen zu entsenden, brachten Lammers und Terboven die Angelegenheit gemeinsam bei Hitler zur Sprache. Dieser aber „äußerte sich mit außerordentlicher Schärfe“ gegen diese Wünsche Ribbentrops und bezeichnete sie als „Wichtigtuerei“; es könne nicht angehen, daß das AA sich als eine „Kontrollinstanz über den Reichskommissaren“ etabliere. Verbindungsleute des Auswärtigen Amtes, so erklärte der „Führer“ abschließend, hätten „bei den Verwaltungen der besetzten Gebiete, mögen es Zivil- oder Militärverwaltungen sein, nichts zu suchen“.¹³⁸

¹³⁷ So schlug Schmidt dem Außenminister vor, bei der Wehrmacht sicherzustellen, „daß eine besondere vom Auswärtigen Amt zu gründende Pressestelle mit dem Tage der Besetzung Englands die Pressearbeit vollständig in die Hände bekommt, die Zeitungen besetzt, die Redaktionszusammensetzungen der erscheinenden Zeitungen bestimmt, die Zensur ausübt usw.“ (AA, HA Schmidt 2a, Notiz für Herrn RAM, 21.8.40, 215 f.). Aber auch an anderer Stelle war man in dieser Frage nicht untätig: So mußte Schmidt erfahren, daß die Wehrmacht im Begriff war, in Zusammenarbeit mit dem „Promi“ eine „Propagandastaffel England“ aufzustellen (HA Luther 3, VAA beim OKW, Krug v. Nidda an Schmidt, 6.9.40, 386 f.).

¹³⁸ BA, R 43/1472, Aufzeichnung Lammers, 19.4.44, 35 f.